

Heidi Schulz ist nicht mehr im Knast!



Am 12.10.1998 konnte Heidi Schulz den Knast in Köln-Ossendorf nach fast 16 Jahren Haft verlassen. Es war ein Hafturlaub für eine Woche beantragt und genehmigt worden. Am 13.10.1998 stellte sie sich in einer Fachklinik vor, die nach einer ersten Untersuchung und Kenntnis der bisher erstellten Gutachten eine sofortige stationäre Aufnahme empfahl. Am 14.10.1998 gab die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe einem im Juni 1998 gestellten Antrag auf Haftunter-

brechung statt. Seit dem 19.10.1998 befindet sich Heidi in stationärer Krankenhausbehandlung.

Heidi selbst, ihre im Knast behandelnden Vertrauensärztinnen und -ärzte, wir Angehörigen, Freundinnen und Freunde forderten seit langem ihre Freilassung. Seit Jahren war klar, daß auch ärztliche Behandlung im Knast den Prozeß der Zerstörung der Gesundheit und körperlichen Integrität nicht mehr wird aufhalten oder gar umkehren können. Über Jahre hat die Justiz jede adäquate medizinische Behandlung offensiv abgelehnt bzw. nur einzelne oder minimalste Untersuchungen zugelassen und diese unter z.T. unmenschlichen Bedingungen durchgeführt.

Unsere Sorgen und Ängste um Heidis Gesundheit werden noch Jahre anhalten, ebenso aber unsere Entschlossenheit, dafür zu kämpfen, daß sie nicht wieder zurück in den Knast geht, daß sie freigelassen wird!

Nicht weniger geht es darum, entschieden die Kräfte zu sammeln, um die Freiheit für alle acht Gefangenen aus der RAF zu erreichen!

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Angehörige der politischen Gefangenen,
26. Oktober 1998

Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32



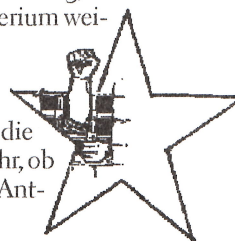
Protestaktion in Fleury- Mérogis

Am 23. September 1998 weigerten sich Nathalie Ménigon und Joëlle Aubron (Gefangene aus Action Directe), neun baskische Gefangenen, Christel Fröhlich (politische Gefangene) und Fabienne Maestracci, nach dem Hofgang zurück in die Zellen zu gehen, um gegen die Haftbedingungen von Nathalie und Joëlle zu protestieren. Seit mehr als elf Jahren befinden sich die beiden unter mehr oder weniger strenger Isolation in Untersuchungshaft, obwohl das Gesetz die Verlegung in eine Strafanstalt vorsieht, in der es verschiedene Haft erleichterungen gibt, wie: offene Zellen, Telefongespräche, längere Besuche.

Seit drei Jahren fordern die drei Gefangenen aus Action Directe (Joëlle Aubron, Nathalie Ménigon und Jean-Marc Ruoïllan), in eine Strafanstalt verlegt zu werden, wo es möglich ist, sich zu sehen und miteinander zu sprechen.

Selbst der Vorschlag ihres Anwaltes, Nathalie und Joëlle eine Doppelzelle anzuweisen, scheint die Sicherheit des französischen Staates zu gefährden ... zumindest gab es bis heute keine Antwort. Da die Krankheit von Nathalie - sie kämpft mit einer Depression - dringend eine Entscheidung erfordert, wurden der Gefängnisleitung Briefe übergeben mit dem Auftrag, sie ans Justizministerium weiterzuleiten.

Die Aktion verlief ohne Zwischenfälle, die Frage ist nunmehr, ob es diesmal eine Antwort gibt.



BEFRIEDUNG ODER BEFREIUNG

**Internationale Solidarität und Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!
Internationale Konferenz am 1.-5. April 1999 in Berlin, Deutschland.**

Wieviele Gewerkschafter und Gewerkschafterinnen werden heute mit Genickschuß auf den Müllkippen gefunden? In welchem Land werden die Folterer bestraft, die Tausende Oppositionelle an die Elektroden anschlossen? Wie viele Journalisten und Journalistinnen gelten als „verschwunden“? Wo werden die, die für Freiheit und Gerechtigkeit kämpfen, nicht als „Terroristen“ und „Terroristinnen“ denunziert und eingekerkert? Wie viele politische Gefangene gibt es heute - im „Jahr der Menschenrechte“? Und die internationale Öffentlichkeit, was erfährt sie davon, was will sie davon wissen?

50 Jahre nach der Verabschiebung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ist die Rede von den Menschenrechten allgemein geworden. Die Menschenrechte sind es nicht.

Dreiviertel der Menschheit werden tagtäglich enteignet, der gesellschaftliche Reichtum wird zum Eigentum weniger. Definition und Anwendung der Menschenrechte sind eine Frage der Macht. Es kommt immer nur darauf an, wer was tut: Die eingeschlagenen Köpfe politischer Gefangener in der Türkei dienen der „Aufruhrbekämpfung“, die Live-Übertragungen von Hinrichtungen im amerikanischen Fernsehen der „Verbrechensbekämpfung“, die Massaker an brasilianischen Landlosen dem „Schutz des Eigentums“, das offizielle Recht zur Folter in Israel dem „Friedensprozeß“. Und die Genfer Flüchtlingskonvention, sie schützt heute weniger denn je.

Wir sind Menschenrechtsorganisationen, Solidaritätskomitees und revolutionäre Gruppen aus Palästina, Kurdistan/Türkei, Italien, Baskenland und Deutschland. In unseren Ländern wird gefoltert. Es gibt „Verschwundene“ und den „schmutzigen Krieg“. Es gibt Isolationsfolter, Hochsicherheitsgefängnisse, politische Sonderjustiz und vielfältige Konzepte sogenannter „präventiver Aufstandsbekämpfung“. Zusammen gibt es in unseren Ländern fast 20 000 politische Gefangene - weltweit werden es an die Hunderttausend sein.

In den letzten 15 Jahren hat sich der global entfesselte Kapitalismus bis in die letzten Winkel der Erde ausgedehnt. Seine Macht und Wirtschaft definiert sich als „das beste System der Welt“. Sein Sieg soll Frieden, Freiheit und Wohlstand bringen. Für die Mehrheit der Menschen bedeutet es lediglich Armut und Unterdrückung. Wenn heute von Palästina die Rede ist, wird nicht von Besatzung, sondern vom Frieden gesprochen. Aber was ist das für ein Frieden, in dem es 3000 politische Gefangene gibt? Was

ist das für eine Demokratie, in der Mörder wie Pinochet auf Lebenszeit in Amt und Würden bleiben, während diejenigen, die sich den Gewehren der Diktatur mit aller Entschlossenheit entgegenstellten, noch immer gefangen sind? Die Gewerkschaftsopposition Indonesiens und die FreiheitskämpferInnen Osttimors sind nach dem Rücktritt Suhartos noch immer nicht frei. Warum?

Befriedung oder Befreiung? Wir sagen: Ohne Gerechtigkeit gibt es keinen Frieden. Und Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg. Abschaffung der Todesstrafe, Schluß mit Folter und schmutzigem Krieg, Freiheit für die politischen Gefangenen und Bestrafung der Folterer und Mörder - Diese Ziele, sie sind richtig, und sie sind nicht verwirklicht! Sind wir uns darin einig, können wir nur einen Schluß ziehen: Die Gründe zu kämpfen, sie sind nicht weniger, sondern mehr geworden. Wir sagen nicht, wie gekämpft werden muß, aber wir sagen: Ein Kampf um Menschenrechte verlangt den Kampf gegen jene Verhältnisse, die der Durchsetzung des Rechts auf Emanzipation, Menschenwürde und Selbstbestimmung entgegenstehen.

Uns eint die Erfahrung: Alleine sind wir zu schwach, um wirkliche Veränderungen durchzusetzen und die politischen Gefangenen zu befreien. Wir kennen das mutige Beispiel der peruanischen MRTA-Guerillas. Sie setzten ihr Leben ein für die Freiheit ihrer Gefangenen - Sie verloren es, weil sie alleine standen gegen Fujimoris Terrorismus und

die Beihilfe der Internationalen Staatengemeinschaft. Wir kennen aber auch die Kraft internationaler Solidarität. Sie war beispielsweise stark genug, bis in die Todeszellen der Weltmacht USA zu dringen und den schwarzen Revolutionär und Journalisten Mumia Abu Jamal bis jetzt vor den weißen Scharfrichtern zu schützen.

Solidaritätskomitees und Angehörigenorganisationen, Basis- und Befreiungsbewegungen, revolutionäre Organisationen und oppositionelle Gruppen, Menschenrechts- und Anwaltsvereinigungen!

Internationale Zusammenarbeit, Unterstützung, Hilfe und Solidarität ist die Bedingung für die Freiheit und den Schutz politischer Gefangener. Bisher ist unsere Zusammenarbeit oftmals zufällig, sporadisch und nur selten koordiniert. Das schwächt uns und stärkt die Macht der Gegner. Internationaler Kampf braucht Diskussion. Damit wollen wir Berlin anfangen. Bringen wir unsere Analysen, Erfahrungen und Perspektiven zusammen.

Freiheit für alle politischen Gefangenen weltweit!

ADAMEER (Palästina) - Coordinamento Mumia Abu Jamal (Italien) - Gestoras Pro Amnistia (Baskenland), IHD-Menschenrechtsvereine (Türkei-Kurdistan) - Libertad/Organisationskomitee (Deutschland)

Kontakt: Konferenzbüro, Yorkstr. 59, 10965 Frankfurt, eMail: konferenz@libertad.de Libertad! c/o „3. Welt“-Haus, Westerbachstr. 47/H3, 60489 Frankfurt

Ein Aufruf zur Mithilfe

Für das weltweite Treffen für die Freiheit politischer Gefangener 1999 in Berlin (1.-5. April)

**Unterstützt die Spendenkampagne
1000 x 100**

Ostern 1999, an 4 Tagen wird es in Arbeitsgruppen und Diskussionsveranstaltungen um gegenseitige Information und Fragen der Solidarität gehen: Politische Gefangene in Friedensverhandlungen und unter Verträgen (Palästina, Nordirland), im Krieg (Kurdistan/Türkei, Kolumbien, Peru), nach Militärdiktaturen (Chile, Argentinien, Brasilien, Südkorea, Philippinen), in den Industriemetropolen nach dem vorläufigen Ende bewaffneter Fundamentalopposition (Italien, BRD). Wie ist ihre Lage und was ist zu tun? Was ist die Antwort auf die Zerstörung von Würde und Identität? Was ist Moral und was

ist Recht? Was verlangt internationale Solidarität heute?

Dazu eingeladen sind VertreterInnen aus Befreiungs- und Basisbewegungen, Menschenrechts- und Angehörigenorganisationen, Anwaltsvereinigungen und Basisgruppen.

Zur Vorbereitung hat sich ein internationales Komitee konstituiert. Zusammen arbeiten: Die Angehörigenorganisation Gestoras Pro Amnistia, die im Baskenland für die politischen Gefangenen kämpft - Repräsentanten der verfolgten IHD-Menschenrechtsvereine in der Türkei/Kurdistan - ADAMEER, die palästinensischen Organisation, die für die Rechte der Gefangenen eintritt, die der Vertrag von Oslo ausgeklammert - Das Coordinamento Mumia Abu Jamal, ein italienweiter Zusammenschluß der Solidarität für das Leben des vom staatlichen Henker bedrohten afroamerikanischen Ex-Black Panther und Journalisten Mumia Abu Jamal - Libertad/Or-

BAW fordert 10 Jahre

Am 9. Oktober hat die Bundesanwaltschaft zehn Jahre Haft für Monika Haas gefordert. In ihrem Plädoyer haben die Vertreter der BAW quasi die Anklageschrift noch einmal wiederholt, da



malige Behauptungen als be-
weisen dargestellt, sie sind in
keinster Weise auf die Widerlegun-
gen, die Paradoxien sowie die vielen Wider-
sprüche eingegangen, die im Laufe der zwei-
einhalbjährigen Prozeßdauer öffentlich ge-
worden sind.

Das Verhalten des 5. Strafsenats während
dieses langen Verfahrens läßt leider darauf
schließen, daß die Richter gewillt sind, Mo-
nika Haas zu verurteilen.

Wir wollen dem nicht tatenlos zusehen und
am 31.10.98 in einer Anzeige in der *Frank-
furter Rundschau* folgenden Text veröffent-
lichen:

organisationskomitee, die Initiative aus
Deutschland für die Freiheit politischer Ge-
fangener.

Wir brauchen eure Hilfe für diese Initiati-
ve. Deshalb unsere Kampagne: 1000 Men-
schen geben jeweils 100 DM als Zeichen der
Solidarität, der Sympathie und Unterstützung.

Sonst geht es nicht. Die Gründe, sie liegen
in der Natur der Sache. Politische Gefangene
haben keine öffentliche Stimme. In Deutsch-
land schon gar nicht. Das beweist die Ge-
schichte. Entsprechend ist die finanzielle Hil-
fe von Stiftungen und Verbänden gering. Öf-
fentliche Gelder gibt es nicht. Die Kosten da-
gegen sind: ca. 35.000 DM alleine für die Ta-
gungsstätte, Übernachtungen, Verpflegung
und Übersetzungsanlagen. Flugtickets und
Informationsmaterial noch nicht mitgerech-
net. Nicht um Gewinn geht es, sondern um
Deckung der Kosten. Wir, die wir dieses Tref-
fen vorbereiten, werden weder bezahlt noch
bezahlen wir uns selbst.

Freispruch für Monika Haas

Der Prozeß gegen Monika Haas vor dem 5.
Staatsschutzsenat am OLG Frankfurt geht
zu Ende. Die massive Vorverurteilung vor Pro-
zeßbeginn sowie der politische Hintergrund
des Verfahrens veranlaßte viele auf-
merksame Menschen, das
Geschehen kritisch
zu beglei-

ten
und mit öffent-
lichen Aufrufen und
Veranstaltungen ein faires Ver-
fahren einzufordern.

Der Prozeß wurde im Auftrag des Komitees
für Grundrechte und Demokratie sorgfältig
beobachtet und dokumentiert. Nach 30 Mo-
naten Verhandlungsdauer kommen die Pro-
zeßbeobachter zu dem Ergebnis, daß es weder
ein faires Verfahren noch Beweise für die Mit-
täterschaft von Monika Haas gegeben habe.
**In dubio pro rea! Monika Haas ist deshalb frei-
zusprechen!**

Die Prozeß-Dokumentation ist zu bezie-
hen bei: Komitee für Grundrechte und De-
mokratie, Aquinostr. 7-11, 50670 Köln. Das
Forum für Monika Haas bittet um Spenden
auf das Konto 6106510 bei der Ökobank
Frankfurt (BLZ 500 901 00)

(...)

Am 3.11. werden wir im Rahmen einer
Veranstaltung im Club Voltaire in Frankfurt
eine „öffentliche Beweiswürdigung“ der An-
klagepunkte gegen Monika Haas vorneh-
men. Dazu laden wir herzlich ein. Beginn:
20 Uhr. *Forum für Monika Haas*

**Am 5.11. (Beginn 10.15 Uhr, Gerichtsgebäu-
de E, Hammelgasse 1, Saal II, Eingang Kon-
rad-Adenauer-Straße) wird Monika Haas ihr
Schlußwort halten. Das Urteil wird für den
12. oder 16.11. erwartet. Wir werden in der
nächsten Ausgabe ausführlich berichten.
(Red.)**

Solidarität ist nichts Abstraktes. Wir bitten
um konkrete Mithilfe. Wir versprechen: Das
Geld wird verantwortungsvoll eingesetzt.
Diejenigen, die im direkten Gespräch nach ei-
ner Spende fragen, sie haften mit ihrem Na-
men für die korrekte Verwendung. Bei Inter-
esse verpflichten sie sich, weiterhin zu infor-
mieren über Ergebnisse und Schlußfolgerun-
gen der Berliner Konferenz. Steuerlich ab-
setzbare Spendenquittungen können wir
nicht ausstellen. Solidarität mit politischen
Gefangenen hat in Deutschland keine aner-
kannte „Gemeinnützigkeit“. Spenden könn-
tet ihr direkt, oder aber den Überweisungs-
träger ausfüllen.

**FREIHEIT FÜR DIE POLITISCHE GE-
FANGENEN!**

Das internationale Vorbereitungskomitee aus
dem Baskenland, Palästina, Italien, der Tür-
kei/Kurdistan und Deutschland, Konto:
10215811, Ökobank Frankfurt (blz
50090100), Stichwort Konferenzspende

Rote Hilfe fordert Freilassung der Gefangenen aus der RAF

**„Die neue Bundes-
regierung muß eine
Lösung für die poli-
tischen Gefangenen
herbeiführen!“**

„Die letzten neun Gefangenen aus der
RAF müssen eine realistische Perspekti-
ve für ihre Freilassung bekommen“, for-
dert der Sprecher des Bundesvorstands
der Roten Hilfe, Roger Hasenbein, am
15.10.98 in Hamburg anlässlich eines Ge-
sprächs mit Angehörigen der politischen
Gefangenen in der BRD. „Wir erwarten
von ‚Rot-Grün‘ Bewegung in der Frage
der baldigen Freilassung derjenigen
Menschen, die nach §129a StGB wegen
ihres Kampfs in der RAF verurteilt wur-
den.“

Er erinnerte daran, daß „fast alle diese
Frauen und Männer seit 10, 15 oder 20
Jahren einsitzen (Stefan Wisniewski seit
1978, Rolf Heißler seit 1979, Rolf Cle-
mens Wagner seit 1979, Sieglinde Hof-
mann seit 1980, Brigitte Mohnhaupt,
Christian Klar und Heidi Schulz seit
1982, Eva Haule seit 1986 und Birgit Ho-
geföld seit 1993)“.

Sie wurden aufgrund von Sondergeset-
zen (Lex RAF, Einschränkung von Ver-
teidigungsrechten, Kronzeugenrege-
lung), von Sondergerichten in z.T. eigens
für diese Prozesse errichteten Prozeß-
bunkern verurteilt. So reichte bei den
meisten die bloße Zuordnung zur Grup-
pe zur Verurteilung für sämtliche ange-
nommenen Taten der Gruppe. Men-
schen, denen keine einzige Tat konkret
nachgewiesen werden konnte, wurden als
mehrfache Mörder zu bis zu sechsmal!
Lebenslänglich verurteilt. Ein Vorgang,
den es nur im politischen Strafrecht gibt.
Diese Menschen 20 oder mehr Jahre un-
ter Sonderhaftbedingungen - wie Isolati-
onshaft, die international als „weiße“ Fol-
ter geächtet ist - festzuhalten, ist men-
schenverachtend. Politisch ist dies eine
Verlängerung des Unrechts der „Terrori-
stenhysterie“ vergangener Jahrzehnten
bis ins 21. Jahrhundert hinein. Viele Ge-
fangene sind auch aufgrund der Haftbe-
dingungen schwerkrank. In der Vergan-
genheit mußten bereits einige wegen ih-
rer erwieenen Haftunfähigkeit nach lan-
gem Kampf freigelassen werden. Bei ei-
nigen besteht schon heute die Gefahr,
daß sie weitere Jahre Haft nicht überle-
ben werden; bei beinahe allen wurden ir-
reversible Gesundheitsschäden festge-
stellt.

In vielen europäischen Ländern ist es üblich, bei einem Regierungswechsel ein Zeichen zu setzen, gerade auch im Umgang mit den politischen Gefangenen. Für die SPD besteht die einmalige Chance, ihre Politik der 70er Jahre gegen die politischen Gefangenen zu revidieren. Auch die Grünen seien daran erinnert, daß sie in vergangenen Jahren immer wieder das Ende der Verfolgungspolitik der 70er Jahre gefordert haben. Neben der überfälligen Abschaffung der Sondergesetze kann dies nur die Freilassung der Gefangenen aus der RAF bedeuten. Beispielsweise durch die Mehrfachanrechnung der Isolationshaft, wie dies in anderen Ländern praktiziert wurde.

21 Jahre nach dem Tod der Gefangenen Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe im Stammheimer Hochsicherheitsstrakt am 18.10.1977 fordert die Rote Hilfe ein Ende des Rachefeldzuges und des fortgesetzten Geiselstatus, den vergangene Regierungen gegen die Gefangenen aufrecht erhalten haben. Der Verfolgungswille der Bundesanwaltschaft ist so wenig gebremst wie die Bereitschaft der Richter in den Staatsschutzsenaten der Oberlandesgerichte, auch gegen berechnete Zweifel, zu hohen, möglichst lebenslangen Strafen zu kommen. Aktuell zu beobachten im Prozeß gegen Monika Haas vor dem OLG Frankfurt.

Für die meisten Gefangenen ist Isolation von den anderen, sind Briefzensur, Besuch hinter Trennscheibe und/oder mit LKA-Überwachung, Besuchsverbote, Einzelhofgang, schlechte oder zu späte medizinische Behandlung und andere Schikanen noch heute Realität.

Die Rote Hilfe fordert eine menschenwürdige Behandlung der Gefangenen. Dies kann heute nur die Freilassung bedeuten. Eine Freilassung, die bei Weglassung der strafverschärfenden Sondergesetze von Rechts wegen ohnehin längst geboten wäre.

Rote Hilfe e.V., Bundesvorstand, Roger Hasenbein, Hamburg, 15.10.1998

Die Rote Hilfe ist eine bundesweit tätige Organisation mit z.Zt. ca. 3.000 Mitgliedern in ca. 30 Ortsgruppen, die zum Ziel hat, Menschen zu unterstützen, die in der BRD aufgrund ihrer politischen Betätigung verfolgt werden.

In eigener Sache

1. Die Angehörigen der politischen Gefangenen in der BRD haben eine neue Adresse: Angehörige der politischen Gefangenen, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32

2. Der Erscheinungstermin des nächsten Angehörigen Infos verschiebt sich um eine Woche auf den 4.12. Wir bitten um Verständnis.

Für ein Projekt zum internationalen Tag der politischen Gefangenen und zum 50. Jahrestag der Verabschiedung der UNO-Deklaration für Menschenrechte am 10. Dezember 1998 unter dem Motto:

„Die Würde des Menschen ist antastbar – Menschenrechte erkämpfen!“

Nürnberg. 1996 wurde auf dem internationalen Treffen der zapatistischen Befreiungsbewegung EZLN der 10. Dezember als internationaler Kampftag für die Freiheit der politischen Gefangenen weltweit beschlossen. Zugleich ist der 10. Dezember 1998 der 50. Jahrestag der Verabschiedung der UNO-Menschenrechtsdeklaration.

Es ist zu erwarten, daß dieser Tag von offizieller Seite - insbesondere in Nürnberg aufgrund der 993 errichteten „Straße der Menschenrechte“ - als Jubeltag gefeiert wird, mit dem die Herrschenden uns das kapitalistische System als den wahren Hüter der Menschenrechte vorlegen wollen.

Wir nehmen diesen Tag zum Anlaß für eine Aktion vor der Lorenzkirche, um auf die Situation der politischen Gefangenen (weltweit) aufmerksam zu machen. Ihr Kampf ist verbunden mit denen der Unterdrückten und Verfolgten, deren Würde aufgrund der herrschenden Lebensbedingungen tagtäglich mit Füßen getreten wird. Es ist ein Kampf um Bedingungen, die ein Leben als Mensch erst möglich machen.

Der Kampf um Menschenrechte ist letztlich ein Kampf für die Abschaffung des herrschenden Systems, in dem sie niemals zu verwirklichen sind.

Konkret zum Projekt

Wir planen, am Donnerstag, den 10. Dezember 1998, vor der Lorenzkirche in Nürnberg „unsere Straße der Menschenrechte“ zu errichten, indem wir den verschiedenen Artikeln der UNO-Deklaration die Realitäten gegenüberstellen. Zudem sollen über Großleinwand Dias gezeigt werden, die die Situation der Menschen darstellen, die um ein würdiges Leben kämpfen und deshalb von herrschender Seite verfolgt, unterdrückt und weggesperrt werden.

Für die Aktion werden verschiedene prominente Persönlichkeiten angefragt, uns bei unserem Vorhaben zu unterstützen und eine breitere Öffentlichkeit zu ermöglichen. Im Vorfeld soll am Donnerstag, den 3. Dezember 1998, in der Desi ein Konzert oder eine Veranstaltung organisiert werden, um für den 10.12.98 zu mobilisieren.

Arbeitsgruppe der Roten Hilfe „Für die Freiheit der politischen Gefangenen“

Leserbrief an die „taz“

Selbstmordversion widersprochen

Ilse Schwipper hat in der „taz“ vom 5.10. auf den Leserbrief von Karl-Heinz Dellwo, den wir in der letzten Ausgabe veröffentlicht hatten, geantwortet. Sie schrieb u.a.: „Irmgard Möller schweigt“ zu den Vorfällen in Stammheim 1977.

Wir veröffentlichen dazu eine Replik vom 11.10., die die „taz“ nicht abdruckte. (Red.)

Betr.: LeserInnenbrief zu dem Interview mit Karl-Heinz Dellwo, taz vom 27./28.6.98

Schwipper hat Unrecht, denn Irmgard Möller hat sich zu den Todesumständen in Stammheim geäußert. Schon am 16.1.78 ist Irmgard vor dem Landtag Baden-Württembergs aufgetreten und hat sich zu der Kontaktsperre, der totalen Verfügungsgewalt des Staates über die politischen Gefangenen zu Wort gemeldet. Sie hat schon da vehement der staatlichen Selbstmordtheorie widersprochen.

Diese Aussagen hat sie mehrere Male wiederholt: so im Spiegel Nr. 21 aus dem Jahr 1992, 1992 in einem TV-Interview. Der vollständige Text ist im ak 343 (analyse und kritik) abgedruckt.

Ende 94 ist Irmgard nach über 22 Jahren aus der Haft auf Bewährung entlassen worden. Sie meldete sich u.a. zu Wort:

- in dem Buch „RAF - Das war für uns Befreiung“, erschienen 1997 im Konkret Literatur Verlag Hamburg;

- ebenfalls erschien im Spiegel 17/97 ein Interview mit ihr.

Aufgrund der beiden letzten Stellungnahmen eröffnete Anfang Oktober 1997 die Hamburger Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren u.a. „wegen Verdachts der Verunglimpfung des Staates“ (§90a StGB). Ihr wurde vorgeworfen, die Behauptung, Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe seien in Stammheim ermordet worden, verunglimpfe die BRD.

Dieses Verfahren wurde inzwischen zwar eingestellt, aber gleichzeitig „warnte“ die Behörde Irmgard jedoch vor Wiederholung der Äußerungen und hält damit den Repressionsdruck aufrecht. Das könnte z.B. die Aufhebung ihrer Bewährung bedeuten.

Gruß
Wolfgang
Lettow



Nützliche Zwischenberichte für die Freilassungs- kampagne

Im Mai 1977 haben in Zürich radikale Linke aus Italien, der Schweiz und der BRD über bewaffnete und militante Politik in ihren Ländern diskutiert. Im Vorfeld des Rummels um das 30. Jubiläum des sog. Deutschen Herbstes und der bleiernen Monate in Italien nach der Moro-Entführung 1978 meldete sich ein Teil der ProtagonistInnen der damaligen Kämpfe zu Wort. Jetzt hat der Berliner ID-Verlag diese Veranstaltungsserie in einem Buch dokumentiert und im Rahmen seiner „Schwarzen Reihe“ herausgebracht. Der größte Teil der ReferentInnen hat wegen politischer Aktivitäten jahrzehntelang im Gefängnis gesessen. Nicht nur in der BRD wurde jahrzehntelang die Auseinandersetzung mit militanter Politik schon in Ansätzen kriminalisiert. Auch das Schweizer Treffen war von Repressionsandrohungen der Schweizer Rechten begleitet. Auch von links gab es Kritik. Viele ehemalige Gefangene aus der BRD lehnten das Veranstaltungskonzept ab. Eine Schweizer Gruppe der revolutionären Linken äußerte in Flugblättern die Befürchtung, die Veranstaltung könne zur Abwicklung der Geschichte des bewaffneten Kampfes beitragen. Nach der Lektüre des Buches kann das nicht bestätigt werden. Den Grundkonsens formulierten die OrganisatorInnen des Treffens im Vorwort: „Die Eingeladenen haben sich nie von ihrer Geschichte distanziert und waren bereit, diese, nach langen Jahren im Gefängnis, öffentlich zu diskutieren.“

Die Geschichte des bewaffneten Kampfes in der BRD und Italien stand eindeutig im Vordergrund. Die Schweizer TeilnehmerInnen aus den unterschiedlichen Spektren der autonomen Linken konnten zwar einige interessante Episoden beisteuern. Die VeranstalterInnen müssen sich aber fragen lassen, warum sie auf Militante aus Spanien, Frankreich oder Belgien verzichtet haben.

Die ergänzenden Artikel sind überwiegend informativ. Die jungle-World-Autorin Katja Leyrer berichtet über das beachtliche Maß an Distanzierungsbereitschaft gegen radikalen Widerstand in großen Teilen der deutschen Frauenbewegung der 70er/80er Jahre. Ein Kapitel berichtet von dem wenig beachteten Schicksal der über 400 aus politischen Gründen im französischen Exil lebenden ItalienerInnen.

Sehr informativ ist auch das Projekt „Progetto memoria“, das 1991 von ehemaligen politischen Gefangenen initiiert wurde. Alle erreichbaren Dokumente über die Geschichte und Zielsetzung des bewaffneten

Kampfes in Italien wurden gesammelt und archiviert. Neben einer Bibliothek und einem Archiv mit Flugschriften komplettiert eine Datenbank das Projekt. Die 69 Militanten, die in Italien bei politischen Aktionen den Tod gefunden haben, werden vorgestellt. „Wir haben diese Untersuchung in einem Gefühl der Liebe für diejenigen begonnen, die den Weg des bewaffneten Kampfes geteilt haben und dabei umgekommen sind.“

Die Situation der politischen Gefangenen hat für die InitiatorInnen dieses Projekts große Bedeutung. „Auf politischer Ebene, wo die Frage der politischen Gefangenen und der Exilierten noch offen ist, war es unser Ziel, die Verantwortlichen der Legislative in dieser Frage zu sensibilisieren.“

Leider ist nur ein Brief von Nadia Ponti, Gefangene aus den Roten Brigaden, an den Züricher Kongress veröffentlicht. Sie weigert sich, durch Abschwören Strafnachlaß zu erhalten. „Auch wenn als Preis die Freiheit winkt, kann ich mir den Gedanken der Kollektivität nicht ausradieren. Und ich kann meine kritischen Reflexionen nicht preisgeben, um die Freiheit meiner Person einzuhandeln, die letztlich nur ein Trugbild wäre.“

Es ist sicher ein Manko des Kongresses, nicht mehr Gefangene in die Vorbereitung einbezogen zu haben.

Wie es im Titel ‚Zwischenberichte‘ schon anklingt, handelt es sich um den Beginn einer Diskussion, die bisher in Zürich notwendigerweise fragmentarisch war. Die Diskussion könnte fortgesetzt werden, vielleicht zu Ostern ’99 am internationalen Kongress für die Freilassung der politischen Gefangenen in Berlin.

Peter Nowak

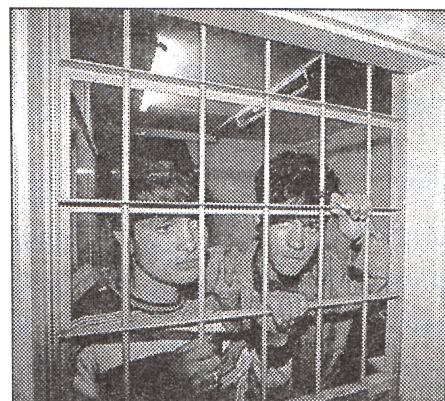
IG-Rote Fabrik (hg.), Zwischenberichte: Zur Diskussion über die Politik der bewaffneten Linken in der BRD, Italien und der Schweiz, ID Verlag, Schwarze Reihe, 240 S., 24 DM

Hungerstreik in Untermaßfeld

Abschiebehäftlinge sind keine Strafgefangenen!

Flüchtlingsrat fordert Überprüfung der Zustände in Untermaßfeld Kritik an Forderung des Justizministeriums, die Hungerstreikenden abzuschieben Abschaffung der Abschiebehäftlinge

Der am Dienstag, den 20.10. begonnene Hungerstreik von Abschiebehäftlingen in Untermaßfeld muß nach Auffassung des Flüchtlingsrates zu einer umgehenden Überprüfung der Zustände in der JVA führen. Als „skandalös“ bezeichnete der Rat die Forderung des Justizministeriums an das



Innenministerium, für eine baldige Abschiebung der Hungerstreikenden zu sorgen.

Die Forderungen, die 34 Abschiebehäftlinge zunächst in einem Brief an den Anstaltsleiter formuliert hatten, hält der Flüchtlingsrat für mehr als berechtigt: mehr Bewegungsfreiheit innerhalb der JVA, Hofgang und die Möglichkeit, Freizeiträume und -geräte länger zu nutzen. Erst die beschämende Antwort auf dieses Ansinnen, die Verlängerung des Flurganges von einer auf zwei Stunden pro Tag, hatte zu einem Hungerstreik geführt, in dem sich noch ein Häftling befindet.

Der Flüchtlingsrat kritisiert, daß Abschiebehäftlinge wie Strafgefangene behandelt werden: „Abschiebehäftlinge werden ihrer Freiheit beraubt, ohne daß sie sich einer Straftat schuldig gemacht haben. Es gibt keinen Grund, sie in Zellen zu sperren und ihre Kontakte mit der Außenwelt auf ein Minimum zu reduzieren. Das Instrument der Abschiebehäftlinge ist dazu da, geplante Abschiebungen vollziehen zu können. Eine weitere Einschränkung der Freiheiten der Inhaftierten verstößt gegen ihre Persönlichkeitsrechte.“

Der Flüchtlingsrat fordert, daß Abschiebehäftlinge nicht in einer JVA untergebracht werden dürfen, wenn diese keine geeigneten Bedingungen für diese Personengruppe bietet. In diesem Zusammenhang erinnert der Flüchtlingsrat an eine entsprechende Ankündigung des Thüringer Innenministers Dewes, die allerdings nie umgesetzt wurde.

Die Lebensgefährtin eines Abschiebehäftlings hatte dem Flüchtlingsrat im März geschildert, daß innerhalb von 10 Tagen kein Wäschewechsel stattgefunden habe und die Dusche nur ein Mal genutzt werden konnte. Besuch und Telefonieren war nur ein Mal monatlich gestattet. Lediglich Flurgang war erlaubt, jedoch kein Hofgang.

Grundsätzlich lehnt der Thüringer Flüchtlingsrat in Übereinstimmung mit PRO ASYL die Inhaftierung von Menschen zur Sicherung vorgesehener Abschiebungen ab. Wenn der Staat meint, jemanden abschieben zu müssen, darf er hierzu nicht in Haft genommen werden - eine vorübergehende Festhaltung genügt völlig.

gez. Julika Bürgin Vorstandsvorsitzende,
Quelle: CL-Netz

Abschiebegefangene im Hungerstreik

Forderungen der Gefangenen

Am 11.10.1998 informierte die Berliner Initiative gegen Abschiebehaft die Öffentlichkeit über den Hungerstreik im Abschiebegefängnis Grünauer Straße:

Der Hungerstreik im Abschiebegefängnis in der Grünauer Straße in Berlin-Köpenick, der am Donnerstag (5.10. - Red.) begann, ist am Sonntag von Häftlingen in fünf von insgesamt zehn Etagen beider Häuser der Anstalt fortgesetzt worden. Damit ist etwa die Hälfte der 350 Insassen an der Aktion beteiligt. Die Hungerstreikenden protestieren gegen die menschenunwürdige Einrichtung und die Bedingungen in der Abschiebehaft.

In einem Forderungskatalog ... wenden sie sich gegen die unverhältnismäßig langen Haftzeiten, die bis zu 18 Monaten für Gefangene gehen, die nichts anderes getan haben, als ohne Aufenthaltsgenehmigung in der Bundesrepublik gewesen zu sein. Im Gefängnis hätten sie keine Chance auf ein gerechtes Asylverfahren. Die streikenden Häftlinge machen auch darauf aufmerksam, daß Asylbewerber, die von der Botschaft ihres Landes nicht anerkannt werden, von der Ausländerbehörde einfach in ein anderes Land ihres Kontinents abgeschoben werden sollen. Sie kritisieren ferner, daß die Gerichte, die doch unabhängig sein sollten, stets den Forderungen der Ausländerbehörde entsprechen. Auch die Haftbedingungen, u.a. das für sie oft ungenießbare Essen, werden angeprangert.

Ausgelöst wurde die Aktion am Donnerstag vor allem durch zwei Zwischenfälle im Gefängnis, die große Aufregung verursachten. Ein ägyptischer Häftling hatte in der vorhergegangenen Nacht versucht, sich die Pulsadern aufzuschneiden. Nach ambulanter Behandlung in einem Krankenhaus wurde er ins Gefängnis zurückgebracht und ist wenige Stunden darauf entlassen worden. Weiter wurde der nigerianische Häftling George Teddi Osafe von Polizisten schwer mißhandelt und verletzt, als er sich am Dienstag auf einem Berliner Flughafen seiner Abschiebung widersetzen wollte. (...)

Laut Pro Asyl, Frankfurt/Main, haben sich seit Oktober 1996 siebenundzwanzig verzweifelte Häftlinge in den deutschen Abschiebegefängnissen das Leben genommen.

(...)

18 Gefangene weiter im Hungerstreik

Seit Freitag, den 23.10., sind erneut 18 Häftlinge im Abschiebegefängnis Berlin-Köpenick im Hungerstreik; ihre Forderungen entsprechen den oben genannten.

Abschiebeknäste – Bankrott-erklärung gescheiterter Flüchtlings- und Ausländerpolitik

Es ist schon wieder gut drei Jahre her, seit Berlins damaliger Innensenator Dr. Dieter Heckelmann der Öffentlichkeit im November 1995 stolz die Inbetriebnahme von Deutschlands modernstem „Abschiebege-wahrsam“ in Berlin-Grünau ankündigte. In den vollmundigen Presseerklärungen war seinerzeit von einer völlig neuen Konzeption im Umgang mit den Abschiebehäftlingen die Rede. Seitdem hat sich die Innenverwaltung mit öffentlichen Stellungnahmen zum Berliner Abschiebesystem kaum noch zu Wort gemeldet. Im Gegenteil, sie betreibt unter Heckelmanns Nachfolger Jörg Schönbohm zu diesem heiklen Thema eine extrem restriktive Informationspolitik. Was sind die Gründe dafür?

Ständig steigende Häftlingszahlen in Abschiebehaft

Schönbohm steht zwar einerseits wegen seiner rassistischen Stellungnahmen und der von ihm praktizierten „wilden“ Abschiebungen (die Abschiebung der bosnischen Bürgerkriegsflüchtlinge im Sommer waren

Offener Brief an den Abgeordneten Norbert Schellberg, Bündnis 90/Die Grünen

26. Oktober 1998

Sehr geehrter Herr Schellberg,

wir möchten sie hiermit davon in Kenntnis setzen, daß es am Donnerstag vergangener Woche erneut zu einem schweren Vorfall im Abschiebege-wahrsam Berlin-Grünau gekommen ist. Zwei Wochen nach einem ersten Selbstmordversuch hat ein weiterer Häftling versucht, sich das Leben zu nehmen. Bei dem Mann handelt es sich um einen der am Hungerstreik beteiligten Insassen, der Donnerstagsmorgen an den Beratungen mit Ausländerbehörde und Polizei teilgenommen hat. Sein Selbstmordversuch muß somit als eine direkte Reaktion auf diese Unterredung gesehen werden. Darüber hinaus haben wir erfahren, daß eine größere Gruppe von Häftlingen seit Donnerstag in den Hungerstreik getreten ist. Auch dies ist offensichtlich eine Reaktion auf das gescheiterte Behördengespräch.

Wir sind übereinstimmend der Meinung, daß Sie durch Inkompetenz und Verantwortunglosigkeit dazu beigetragen haben, daß es in der Abschiebehaftanstalt Grünau erneut zu einem derart schlimmen Vorfall gekommen ist. Nachdem Sie am Freitag vom Landeskriminalamt als Vermittler zwi-

nur ein besonders eklatanter Fall von vielen anderen) ständig im Kreuzfeuer der Kritik, während andererseits die menschenrechts-verletzenden Zustände in den Berliner Abschiebehaftanstalten auch von der kritischen Öffentlichkeit bisher nur am Rande wahrgenommen wurden. Hinter den Kulissen wird der Apparat ständig weiter ausgebaut, immer mehr Menschen geraten jährlich in Berlin in Abschiebehaft. Nur eine Vergleichszahl: 1993 gab es in Berlin insgesamt 5.703 Festnahmen wegen „illegalen“ Aufenthalts, inzwischen ist in offiziellen Stellungnahmen der Polizei die Rede von rund 11.000 Festnahmen jährlich! Die letzte Verschärfung im Ausländergesetz vom November 1997 hat, so war vom Leiter der Berliner Abschiebege-wahrsame zu hören, die Zahl der Festnahmen nochmals drastisch ansteigen lassen. Im März dieses Jahres mußte deshalb auf Beschluß des Innen-senats die ursprünglich schon stillgelegte Haftanstalt in der Kruppstraße wieder in Betrieb genommen werden. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann auch diese Kapazitäten nicht mehr ausreichen und ein drittes Gefängnis seine Pforten für die Häftlinge öffnen wird. Es darf spekuliert werden, ob die Innenverwaltung dann erneut eine pompöse Feier inszenieren wird.

schen den hungerstreikenden Häftlingen und der Polizei eingeschaltet worden waren, äußerten Sie sich am Montag öffentlich zu den getroffenen Vereinbarungen (Interview in der „taz“ vom 12. Oktober 1998). Sie erklärten, die Gefangenen hätten aufgrund Ihres Vorschlags, Beschwerden über unzureichende medizinische Versorgung, überlange Haftzeiten etc. an einem „Runden Tisch“ zu verhandeln, den Hungerstreik aufzugeben. Tatsache ist, daß der Hungerstreik am Freitagabend keineswegs beendet war, sondern -darauf haben wir Sie auch persönlich hingewiesen - noch bis Dienstag fortgeführt und dann abgebrochen wurde. Außerdem befand sich am Freitagnachmittag, also zum Zeitpunkt Ihres ersten Sondierungsgesprächs, noch ein Teil der Streikleitung im Isolierungskeller des Gebäudes, wurde dort bis Sonntagabend festgehalten und erst aufgrund Ihrer verspäteten Intervention befreit. Des weiteren erklärten sie laut „taz“, Sie würden persönlich dafür bürgen, daß die geplanten Gespräche stattfinden und den konkreten Beschwerden der Gefangenen nachgegangen wird. Diese Versprechen haben Sie nicht eingelöst. Wie wir inzwischen erfahren haben, haben Sie zwar das erste, ergebnislos beendete Verhandlungsgespräch zwischen Gefangenenvertretern, Polizei, Ausländerbehörde und Justiz geleitet (vgl. „Neues Deutschland“ vom 16. Oktober 1998), sind aber dann für etwa ei-

gegen unmenschliche Behandlung

Abschiebehaft ist rechtswidrig

Nicht erst seit der erneuten Verschärfung des Ausländergesetzes protestieren Juristen und Mitarbeiter der Flüchtlingsorganisationen gegen die Ausländer- und Flüchtlingspolitik mit polizeilichen Mitteln. Fest steht, daß Abschiebehaft nicht nur in Berlin, sondern auch in allen Bundesländern viel zu

häufig und zu lange verhängt wird, oftmals sogar entgegen der geltenden, restriktiven Rechtslage! Die rechtliche Situation für Asylbewerber hat sich seit November letzten Jahren in vieler Hinsicht nochmals drastisch verschlechtert, u.a. ist es jetzt möglich, eine Person in Abschiebehaft zu nehmen, die erstmals in der Bundesrepublik einen Asylantrag stellt. Die Chancen auf Wahr-

nehmung von Rechtsmitteln reduzieren sich nach einschlägiger Erfahrung in der Regel auf ein Minimum, in vielen Fällen fehlt es schon am Geld für den Anwalt. Immer häufiger mutiert die Abschiebehaft zu einer Ersatzfreiheitsstrafe, bei der der Ausländer und nicht die Ausländerbehörde das Risiko für das Gelingen der Abschiebung zu tragen hat. Anstelle auf Einhaltung der Vorschriften zu drängen und der Willkür und Inkompetenz der Ausländerbehörde einen Riegel vorzuschieben, lassen sich die Hafttrichter im Sinne einer beschleunigten Abwicklung des Verfahrens immer öfter zu Erfüllungsgehilfen der Ausländerbehörde degradieren. Zwar wird etwa die Hälfte der betroffenen Personen nach Haftprüfung wieder freigelassen, aber auch unter den restlichen 50% befinden sich noch genügend Personen, die auch nach geltender Rechtslage nicht in Abschiebehaft genommen werden dürften oder schleunigst entlassen werden müßten. So kommt es schon vor, daß etwa ein Schwarzafrikaner ohne Papier hier aufgegriffen und anschließend bis zu zehn Monate lang in wechselnden Zeitabständen einem halben Dutzend afrikanischer Botschaften vorgeführt wird, weil die Ausländerbehörde sich außerstande sieht, die Identifizierung des Betroffenen zu leisten.



Abschiebeknast Grünau

ne Woche verweist. Sie konnten demnach weder sicherstellen, daß Polizei und Ausländerbehörden sich an irgendwelche Abmachungen halten würden, noch waren Sie für die Gefangenen erreichbar. Sie sind auf Urlaubsreise gefahren, obwohl Sie wußten, daß die Gefangenen sie berechtigterweise als Gewährsmann ansehen würden, der ihre Forderungen gegenüber Polizei und Innenverwaltung artikulieren und vertreten sollte. Auf unseren Vorschlag, sich für die Teilnehmer anderer unabhängiger Gremien oder Beobachter einzusetzen und entweder den Beirat für die Berliner Abschiebegefahr, die in der Abschiebehaft tätigen Seelsorger oder den ausländerpolitischen Sprecher Ihrer Fraktion zu den Beratungen hinzuziehen, haben sie seinerzeit nicht reagiert. Die Gefangenen waren somit bei dem folgenden Gespräch mit den Behörden auf sich allein gestellt. Der Seelsorger, der zufällig von dem ersten Beratungstermin am Donnerstag, den 15. Oktober, Kenntnis erhielt und seinen Wunsch auf Teilnahme äußerte, wurde von der Gefängnisleitung abgewiesen. Zu dem zweiten Gesprächstermin am Donnerstag, den 22. Oktober, waren Sie dann offenbar selbst nicht mehr eingeladen.

Sie haben sich durch zahlreiche schwerwiegende Fehler und Versäumnisse nicht nur zum Erfüllungsgehilfen der Innenverwaltung gemacht, sondern vor allem die Ge-

fangenen in gröbster Weise getäuscht. Zudem haben Sie auch die Öffentlichkeit in die Irre geführt, indem Sie in der Presse Entwarnung signalisierten, während hinter Ihrem Rücken die Polizei ihre üblichen repressiven Maßnahmen gegen die protestierenden Häftlinge weiterführte (Isolierungshaft; rasche Abschiebung von Rädelsführern). Vor allem Ihr gleichgültiges Verhalten dürfte dazu geführt haben, daß die Abschiebehäftlinge ihre hochgesteckten Erwartungen an den rot-grünen Regierungswechsel binnen kürzester Zeit auf ein Minimum reduzieren mußten, insofern muß Ihre Ankündigung in der Zeitung, die „Erwartungen heruntersetzen“ zu wollen, im Nachhinein als purer Zynismus erscheinen. Der Vorfall vom Donnerstag hat erneut die Berechtigung der Häftlingsproteste gegen die unhaltbaren Zustände in bedrückender Weise demonstriert. Nachdem der Häftling einen ersten Selbstmordversuch unternommen hatte, bei dem er sich schwere Schnittverletzungen an Hals und Armen beibrachte, wurde er laut Auskunft von Mithäftlingen nicht etwa in das Haftkrankenhaus Mobilität eingeliefert, sondern statt dessen von der Polizeiärztin im Haus ambulant versorgt und bereits kurze Zeit später in seine Zelle zurückgeführt, wo er sich dann anzündete. Wie wir von Gefangenen erfahren haben, hat die Ausländerbehörde außerdem während der vergangenen Woche versucht,

einen Angehörigen der Gefangenendelegation unter falscher Identität abzuschleichen. Einer der Streikführer wurde bereits am Dienstag, den 13. Oktober, also noch vor der ersten offiziellen Zusammenkunft zwischen Gefangenenvetretern und Behörden, in sein Heimatland abgeschoben.

Wir fordern hiermit von Ihnen Aufklärung über das Schicksal des suizidgefährdeten Häftlings. Außerdem meinen wir, daß Sie der Öffentlichkeit eine Auskunft darüber schuldig sind, was das Ergebnis der Beratungen zwischen Gefangenen und Behörden ist. Ferner liegt es an Ihnen, die Namen der an den Verhandlungen beteiligten Gefangenenvetreter festzustellen und sicherzustellen, daß es vor allem unter ihnen, aber auch unter den übrigen Häftlingen nicht zu weiteren Abschiebungen kommt, solange die Gespräche andauern. Falls allerdings unsere Vermutung richtig sein sollte, daß die Gespräche bereits am Donnerstag ergebnislos abgebrochen wurden, wären Sie in Ihrer Funktion als Vermittler und parlamentarischer Vertreter unserer Auffassung nach dazu verpflichtet, die Gründe hierfür mitzuteilen und außerdem so bald wie möglich im Namen Ihrer Fraktion eine Stellungnahme abzugeben.

Initiative gegen Abschiebehaft, c/o KSG,
Klopstockstr. 31, 10557 Berlin

Diese zynischen Spielchen auf Kosten der Inhaftierten kann sich die Ausländerbehörde nur leisten, weil die Justiz versagt. Nicht wenige Ausländer sitzen zehn bis achtzehn Monate in Abschiebehaft und werden nach ihrer Freilassung ohne Papiere auf die Straße gesetzt, um gleich am nächsten Tag von der Polizei wieder einkassiert zu werden. Die beruhigenden Verlautbarungen der Innenverwaltung, in denen von einer durchschnittlichen Haftdauer von zehn Tagen die Rede ist, ist demnach reine Augenwischerei.

Die Haftbedingungen sind menschenunwürdig

Laut Gesetz ist Abschiebehaft keine Strafhaf, sondern Zivilhaft. Man darf somit eigentlich erwarten, daß die für den Vollzug zuständige Innenverwaltung diesem bedeutsamen Unterschied Rechnung trägt und die Haftbedingungen für die Betroffenen so erträglich wie möglich gestaltet. Das Gegenteil ist jedoch der Fall. Unverblümt stellen sich die Verantwortlichen auf den Standpunkt, man könne die besonderen Bedingungen in der Abschiebehaft (hohe Fluktuation der Häftlinge, ethnische Konflikte zwischen den einzelnen Häftlingsgruppen) nur durch verschärfte Sicherheitsauflagen gerecht werden. Die völlig überzogene Sicherheitsdoktrin der Polizei findet schon ihren Ausdruck in der baulichen Gestaltung der Anlagen. Das ehemalige DDR-Frauengefängnis in der Grünauer Straße wurde zu einem Hochsicherheitsstrakt ausgebaut, die Kruppstraße wurde soeben nach den gleichen Standards „modernisiert“. Mit Verweis auf die angeblich nicht der Mindesthöhe von 6,40 m genügenden Außenmauern wurden die Zellenfenster mit Doppelgittern (innen und außen) versehen, so daß den Häftlingen der Zugang zu den Fenstern einschließlich Heizkörpern versperrt ist. Aus Sicherheitsgründen sind verschließbare Schränke in den Zellen verboten. Bei Besuchen sitzt man sich hinter einer dicken Panzerglasscheibe gegenüber, die selbst in Strafhaf nicht mehr üblich ist. Der Personalbestand an Wach- und Vollzugspersonal umfaßt zur Zeit etwa 700 Beamte (zum Vergleich: bei völlig ausgelasteten Kapazitäten hat Berlin Platz für maximal 400 Häftlinge, in der Realität sitzen oft 500 und mehr Häftlinge ein), die Personalkosten verschlingen ein jährliches Budget von bis zu 20 Mio. Mark! Die Polizei bedauert, daß davon nur zwei bzw. drei Sozialarbeiterstellen finanziert werden können (die dritte Stelle für 159 Häftlingen in der Kruppstraße wird voraussichtlich irgendwann im nächsten Jahr besetzt werden),



gefähr (AIDS, Tuberkulose, Diphtherie) in Abschiebehaft werden von Innenverwaltung und Polizei nonchalant übergangen. Unter Verweis auf angeblich vorhandene medizinische Fachgutachten heißt es, das Risiko sei kalkulierbar; außerdem sei eine Eingangsuntersuchung unter Tausenden von Häftlingen aus Kapazitätsgründen nicht durchführbar.

Abschiebehaft gehört abgeschafft

aber - so ist von der für die Personalplanung zuständigen Inspektionsleitung zu hören - mehr sei leider nicht drin.

Ersatz für die fehlende psychosoziale Betreuung sollten offenbar die Fernsehgeräte sein, die bis spät in die Nacht in jeder Zelle laufen. Ergänzend dazu gibt es Schlaftabletten und Tranquilizer, das Spezialrezept für modernen Strafvollzug à la Schönbohm, Kuno Böse und Co. Überhaupt ist es schon atemberaubend, mit welcher selbstgerechten Sturheit die Innenverwaltung die seit Jahren nicht nur in dieser Hinsicht geäußerte Kritik ignoriert. So legte der aus unabhängigen Gutachtern bestehende „Beirat für den Abschiebegewahrsam“ im Oktober 1997 einen Zwischenbericht vor, in dem die überzogenen Sicherheitsauflagen und die fehlende Berücksichtigung psychosozialer Gesichtspunkte als Mißstände kritisiert wurden. Als Reaktion auf diese nachhaltige Kritik ließ die Innenverwaltung den Bericht monatelang in der Schublade verschwinden, ohne sich zu einer Stellungnahme bereit zu finden. Es zeichnet sich somit ab, daß kein einziger der diversen Kritikpunkte ernsthaft von der Behörde erörtert worden ist, geschweige denn Abhilfe geschaffen wird.

So hieß es etwa zu der mangelhaften medizinischen Versorgung in dem Bericht u.a.: „Uns fällt auf, daß wir von den Richtern mehr Hinweise auf gesundheitliche Probleme der Häftlinge, auch der Infektionsquellen, bekamen als von der Ärztin.“ Inzwischen sind uns wiederum mehrere Fälle bekannt geworden, in denen die Polizeiärztin in Grünau die Verabreichung dringend notwendiger Medikamente verweigert oder schwerkranken Häftlingen trotz gegenlautender Fachgutachten die Transportfähigkeit bescheinigt hat. Abschiebungen von hochschwangeren Frauen gehören in Berlin zum Alltag. Inzwischen ist es in Grünau wegen der unmenschlichen Behandlung schon zu mehreren Selbstmordversuchen und Hungerstreiks gekommen, ohne daß sich die Innenverwaltung zum Einlenken oder auch nur zu Verhandlungen bereit zeigt. Bedenken gegen die stark erhöhte Infektions-

Wir stimmen mit Pro Asyl grundsätzlich darin überein, daß die für die Abschiebehaft typischen Mißstände nicht durch einzelne Reformen, sondern nur durch Beseitigung des gesamten Systems zu beseitigen sind. Abschiebehaft ist das dunkelste Kapitel einer vom Grundkonzept her völlig verfehlten Ausländer- und Flüchtlingspolitik, Endstation in einer fortlaufend verschärften Spirale und Repression und Illegalisierung gegen hier lebende Ausländer und Flüchtlinge. Das administrative Vorgehen gegen Ausländer ohne gültigen Aufenthaltsstatus hat mittlerweile Dimensionen angenommen, die eines Polizeistaates würdig sind. Da die Justiz selbst dieser schleichenden Aushöhlung des Rechtsstaates kaum Widerstand entgegensetzt, ist die Öffentlichkeit um so mehr gefordert. Die seit Jahren betriebene Ausländer- und Asylpolitik produziert Rassismus und fremdenfeindliche Einstellungen durch Illegalisierung und Kriminalisierung von Ausländern. Von dieser Politik profitieren nicht nur rechtsradikale Parteien, sondern auch die seit Jahren boomende Sicherheitsindustrie und all jene Unternehmend, die sich in der wild wuchernden Schattenwirtschaft tummeln. Bisher sind im Hinblick auf die Ausländerpolitik noch alle pessimistischen Prophezeiungen eingetroffen, die vor allem nach der Asylrechtsänderung von 1993 geäußert worden waren. Das System hat mittlerweile eine Eigendynamik angenommen, die kaum noch zu stoppen ist. Mit grob manipulierten Kriminalstatistiken, reißerischen Pressemeldungen über die angeblichen Erfolge des Bundesgrenzschutzes gegen „Schlepperbanden“ und der Verbreitung immer neuer Bedrohungsszenarien über Flüchtlingswellen und Gewalttaten durch Ausländer rechtfertigen die Behörden, sekundiert von Innenministerin und den Medien, die technische Hochrüstung von BGS und Polizei und fortlaufend schärfere Gesetze. Die Politik sollte endlich erkennen, daß sie in eine Sackgasse geraten ist, und schleunigst die Notbremse ziehen.

Initiative gegen Abschiebehaft, Berlin

ZeugInnen- vorladungen

In der laufenden Hauptverhandlung gegen Bernhard Falk und Michael Steinau wegen Mitgliedschaft in der AIZ und diversen Sprengstoffanschlägen kündigte der Vorsitzende Richter Breidling an, Zeugen vorladungen an Leute an der Aachener linken Szene in die Wege zu leiten. Die Ladungen können voraussichtlich Mitte/Ende Oktober eintreffen.

Angeblich sollen die ZeugInnen dazu beitragen, Persönlichkeitsbilder über die Angeklagten zu erstellen. Im Gegensatz zu Michael, der seine Beteiligung an den letzten drei Anschlägen der AIZ erklärte, verweigert Bernhard nach wie vor die Aussage. Zusätzlich verweigert er seine aktive Mitwirkung an der Erstellung eines psychiatrisch/psychologischen Gutachten über seine Person. So greift das Gericht auf andere Mittel zurück. Dabei gibt der Senat sich nicht damit zufrieden, die Knastpost der Angeklagten in der Verhandlung vorzulesen. Zusätzlich werden Arbeitskollegen, ehemaligen Lehrerinnen und bereits ein ehemaliger Genosse aus Köln befragt. Den Gipfel des gerichtlichen Voyeurismus bietet die Vernehmung einer Zeugin, die vor 10 Jahre eine Beziehung mit Bernhard hatte.

Die Befragung „zur Persönlichkeit“ der Angeklagten findet in Anwesenheit der psychiatrischen und psychologischen Sachverständigen statt. Angeklagten, die nicht freiwillig Anhaltspunkte für die „Exploration ihrer Persönlichkeit“ bieten, wird kein Recht auf Privatsphäre zugestanden, meint das Gericht. Es vollzieht damit einen Schritt in die Richtung, erstellte Psychogramme von Angeklagten als eine elementare Säule in Gerichtsverfahren zu etablieren.

Selbst die Vernehmung des stellvertretenden Leiters des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes (VS), Wolfgang Düren, läuft unter der Überschrift „Persönlichkeitsbild“. Es wurde aber bereits mehr als deutlich, daß es darüber hinaus sehr wohl darum geht, am §129a StGB („terroristische Vereinigung“) zu basteln. Das heißt, es geht um die Suche nach Kontaktpersonen, nach AIZ-Mitgliedern, um die Konstruktion der AIZ.

Die Aachener Spur

„... wenn man nicht von der Unschuld aller Beteiligten ausgeht“

In der Anklageschrift der BAW gegen Bernhard und Michael hat der §129a offensichtlich die Funktion eines Hilfskonstruktes, über das die Angeklagten leichter für Anschläge verantwortlich gemacht werden sollen, deren

Durchführung ihnen sonst nicht so ohne weiteres nachgewiesen werden kann. Angesichts des Ermittlungsdesasters des BKA ließ der sechste Strafsenat den Vorwurf der terroristischen Vereinigung für die Hauptverhandlung wieder zu, nachdem der Ermittlungsrichter ihn bereits gestrichen hatte.

Im Verlauf der Hauptverhandlung wurde deutlich, daß es den Ermittlungsbehörden nicht gelungen war, eine ihrer „AIZ-Spuren“ aufrechtzuerhalten. So stellte das BKA die „Bremer Spur“ und der Hamburger VS die „Hamburger Spur“ ein. Weitere Spuren sind nicht erwähnt worden. In der Situation trat der stellvertretende Chefsprokurator aus Düsseldorf zum ersten Mal vorm OLG auf. Er hatte dem Senat ein Päckchen gepackt: Seiner Darstellung nach habe es eine „terroristische Vereinigung“ namens AIZ gegeben, und zwar in Aachen. Er behauptete die Aachener Antirepressionsgruppe als Forum der AIZ. Ließ Menschen sich aus der AIZ zurückziehen, andere beitreten, unterstützen, diskutieren, kritisieren und wieder austreten, bis am Ende nur noch die beiden Angeklagten übrig gewesen seien. Zum Beweis seiner Behauptung führte Düren aus, das liege auf der Hand, „wenn man nicht von der Unschuld aller Beteiligten ausgeht“. Der Kreis der Personen, die seitens VS und BKA als AIZ-verdächtig gehandelt werden, geht allerdings weit über die ehemalige Antirepressionsgruppe hinaus und umfaßt einen ziellosen Streifzug durch die Aachener Szenelandschaft. Das ist der Hintergrund, vor dem der Richter ankündigte, die Vorladungen des „räumlichen und zeitlichen Umfeldes“ Bernhards „in die Wege zu leiten“.

Mosaiksteinsammlung

Es wird also nicht ausschließlich um Bernhards Persönlichkeit gehen, wie der Richter glauben machen will, sondern um Menschen aus Aachen, denen allem Anschein nach die AIZ ans Bein gebunden werden soll. Jede Aussage vor Gericht ist ein (Zitat) „Mosaikstein“ in Breidlings Sammlung. Jeder Mosaikstein kann dazu beitragen, das Konstrukt der „terroristischen Vereinigung“ zu bilden. Das kann zum einen die Verurteilung Bernhards und Michael befördern. Zum anderen können so möglicherweise Menschen aus Aachen für ein paar Jahre in den Knast gebracht werden.

Nach Michaels Einlassungen stellt sich die Frage, warum weiterhin am AIZ-Konstrukt gebastelt werden soll. Immerhin müssen die beiden Angeklagten jetzt mit einer recht langen Zeit hinter Gittern rechnen. Der §129a wird dabei kaum ins Gewicht fallen. Um eine zusätzliche Erhöhung der Strafe kann es also kaum gehen. Allerdings bietet sich dem VS hier eine Chance, den erlittenen Imageverlust wieder wettzumachen. Mit dem Triumph im Rücken, bei Bernhard und Michael „richtig gelegen“ zu haben, hat die Behörde nun die Möglichkeit zu „beweisen“, daß es sich bei der AIZ um die größere Gruppe gehandelt habe, wie sie jahrelang getötet hatte. Wenn jetzt zur Untermauerung dessen noch ein paar Mitglieder geliefert werden könnten, würde das

die Stellung des VS - auch gegenüber der Konkurrenzbehörde BKA - deutlich nach vorne bringen. Damit ließe sich jedenfalls das Engagement Dürens vor Gericht erklären. Der Senat seinerseits hat jedes Interesse an einer Widerlegung des Vorwurfes, beim §129a in der Anklageschrift handele es sich nur um ein Hilfskonstrukt. Im Klartext bedeutet das, der Senat betreibt politische Rechtsprechung.

Für solche Überlegungen sollen nun ein paar „subkulturelle Autonome und Antimperialisten“ (frei nach Düren) aus Aachen den Kopf hinhalten.

Zeug/innen sind dazu verpflichtet, sich vor Gericht als Mosaiksteinlieferanten/innen zu betätigen. Wer dem nicht nachkommt, riskiert ein Ordnungsgeld oder Beugehaft. Beugehaft kann bis zu sechs Monate Knast bedeuten. Was da wie eine bei „Strafe“ geschützte Denunziationspflicht aussieht, läuft aus juristischer Perspektive betrachtet unter der Bezeichnung „Erzwingungshaft“ (§70, 2 StPO). Es handelt sich um ein Zwangsmittel, was „im Namen des Volkes“ zur Erpressung von Aussagen dient.

Für Aachen heißt das möglicherweise, daß Menschen vor Gericht zu Aussagen gezwungen werden, die eigene Freunde/innen in den Knast bringen sollen. Es kann nicht den Zeugnissen alleine überlassen werden, sich dagegen zu wehren. Die Vorladungen richten sich zwar gegen einzelne, sind aber noch lange nicht deren Privatsache. Nach dem Stand der Dinge ist die Auswahl der Menschen, die als „Umfeld“ angesehen werden, relativ beliebig. Auf alle Fälle trifft es aber welche, die in der linken Szene politisch aktiv (gewesen) sind. Von seiten des Staatsschutzes wird mehr nebenbei die Gelegenheit wahrgenommen, linker Politik in Aachen einen empfindlichen Dämpfer zu verpassen.

Das fordert die praktische Solidarität von allen, die ebenso wie die ZeugInnen (willkürliche) Repression nicht akzeptieren wollen.

• Gegen die Pflicht zu petzen • Gegen Staatsschutzkonstrukte und Repression • Gegen den Knast • Anna und Arthur gegen die Mosaiksteinsammlung • Solidarität mit den Zeugen und Zeuginnen! • Weg mit dem §129a aus dem Prozeß und überhaupt!

Im Moment brauchen wir vor allem Öffentlichkeit, in welcher der Richter nicht so leicht Leute ohne Ende mit Zwangsgeld belegen bzw. in den Knast bringen kann und nebenbei doch noch Mosaiksteine sammelt.

Zusätzlich wird Geld gebraucht: Um Öffentlichkeit herstellen zu können, um Anwältinnen zu bezahlen und mit Pech vielleicht bald, um Leute in Beugehaft zu unterstützen. **Rechtshilfefonds: Kontonr. 27009836, Sparkasse Aachen, BLZ 390 500 00, Stichwort: „ZeugInnen“.**

Oktober 98 - ProzeßbeobachterInnen, c/o Goethestr. 3, 52064 Aachen

Der Prozeß läuft im Prozeßbunker des OLG Düsseldorf, in der Tannenstraße. Termine sind jeweils dienstags und mittwochs ab 9.15 Uhr. Vor Einlaß werden Taschen durchsucht und Ausweise kopiert. Über die genauen Ladungstermine geben wir Bescheid

„Was nützt Amnestie, wenn die Knäste genauso schnell wieder voll sind, wie sie leer wurden?“

Das Interview entstand am 21.9.98 in der Istanbul-Gündem-Redaktion. Interview und Übersetzung: Birgit Gärtner und Reimar Heider

Herr Kasapoglu, Sie waren 15 Jahre inhaftiert. Welches Verbrechen haben Sie begangen, daß Ihnen solch eine harte Strafe auferlegt wurde?

Ich wurde 1981, kurz nach dem Militärputsch, verhaftet. Das „Verbrechen“, das ich begangen haben soll, war, daß ich angeblich Mitglied in der PKK sein sollte. Festgenommen wurde ich aufgrund von Aussagen von Geständigen, also politischen Gefangenen, die mit einem milderen Urteil rechneteten, wenn sie mit der Polizei zusammenarbeiten, und deshalb Informationen weitergaben. Es wurden mir keine konkreten Taten vorgeworfen, und es gab auch keine Beweise für eine Mitgliedschaft in der PKK, außer eben diesen Aussagen.

Und trotzdem wurden Sie verurteilt?

Damals war der Ausnahmezustand über das Land verhängt, und Verhaftungen wurden völlig willkürlich vorgenommen. Die Prozesse wurden von den Militärgerichten durchgeführt. Die Angeklagten hatten kein Recht auf juristischen Beistand und keine Möglichkeit, sich zu den Vorwürfen zu äußern. Es galten ausschließlich die Aussagen der Militärs und der ihnen genehmen Zeugen. Auch die Prozedurdauer war völlig willkürlich, es gab überhaupt keine verbindlichen Kriterien dafür. Mein Prozeß hat insgesamt 10 Jahre gedauert.

Waren Sie während dieser 10 Jahre inhaftiert?

Ich war die ganze Zeit im Gefängnis. Die Haftdauer wurde dann auf das Urteil, 15 Jahre, angerechnet.

Wie waren damals die Haftbedingungen?

Die Bedingungen in den Gefängnissen waren sehr, sehr schlecht. Wir waren sehr viele Gefangene auf engem Raum, den sogenannten Sälen. Das heißt, wir mußten lernen, miteinander zurechtzukommen. Nur ganz selten konnten wir diese Säle verlassen, Bewegung und frische Luft gab es kaum. Wir durften am Anfang keine Besuche empfangen, Briefe wurden uns nicht ausgehändigt, und Zeitungen bekamen wir zuerst auch nicht. Erst im Laufe der Zeit änderte sich das, und in den Sälen hatten wir dann Zeitungen. Wurde jemand krank,

gab es keine vernünftige ärztliche Behandlung. Später durften unsere Angehörigen uns besuchen. Aber auch für diese Besuche gab es keine festen Regeln. Zwischen unseren Verwandten und uns Gefangenen gab es dann eine Klappe, durch die wir uns unterhalten mußten. Je nach Belieben wurde die Klappe geöffnet oder geschlossen und somit der Besuch beendet. Außerdem wurden die Angehörigen unter Druck gesetzt. Sie wurden gefragt: „Warum kommt Ihr? Wollt Ihr auch eingesperrt werden?“ Alle anderen, die uns besuchen wollten, wurden mit der Begründung: „Das sind alles Terroristen, die haben kein Recht auf Besuch.“ weggeschickt.

Wurden Sie während ihrer Haftzeit gefoltert?

Wir mußten ständig damit rechnen, daß die Sicherheitskräfte in unsere Zellen kamen und uns schlugen. Vorzugsweise Falakka, also Schläge auf die Fußsohlen. Um die Haftzeit überhaupt überstehen, überleben zu können, war es für uns politischen Gefangenen sehr wichtig, auch im Gefängnis bewußt zu sein, an Aktionen teilzunehmen. Wenn wir uns beispielsweise weigerten, die Nationalhymne zu singen, dann wurden wir in ganz kleine Verschläge, in denen wir nicht einmal stehen konnten, eingesperrt. 4 Stockwerke unter der Erde. Da war es feucht und furchtbar dreckig. Dort wurden wir tage-, manchmal wochenlang festgehalten und natürlich auch immer wieder geschlagen. Wir sind dann gegen diese Folter- und Isolationshaft in Hungerstreik getreten. Manchmal berichteten dann die Zeitungen über unsere Aktionen, und wir bekamen ein Echo. Dann er-

schiene irgendwann der Staatsanwalt und sagte: „Okay, Ihr singt die Nationalhymne nicht. Na gut, dann singt Ihr sie halt nicht,“ und ließ uns wieder raus, das heißt in die Säle zurück.

Konnten sich die Gefangenen untereinander verständigen? Wußten Sie von Aktionen aus anderen Gefängnissen beispielsweise?

Zwischen den einzelnen Gefängnissen gab es praktisch keine Verständigung. Aber wir wußten, daß es auch in anderen Gefängnissen Aktionen gab. Natürlich gab es damals noch keinen organisierten Widerstand, landesweite Hungerstreiks, zum Beispiel.

Gab es Unterstützung von draußen?

Die konkrete Situation kurz nach dem Militärputsch können wir uns heute nur sehr schwer vorstellen. Auch außerhalb der Gefängnisse war ja jegliche politische Betätigung verboten, es gab keinerlei Versammlungsmöglichkeiten. Und alle, die trotzdem politisch aktiv waren, wurden verfolgt und ebenfalls eingesperrt. Deswegen waren die Knäste ja auch immer voll von politischen Gefangenen. Es gab keinerlei Möglichkeiten, Nachrichten nach draußen zu vermitteln.

15 Jahre sind eine lange Zeit. Wie sind Sie mit der Situation nach der Entlassung zurecht gekommen?

In den Jahren hat sich wahnsinnig viel verändert. In bezug auf die Technik, zum Beispiel, hier stehen jetzt überall Computer. Kinder, die ich als Fünfjährige gekannt habe, die sind inzwischen erwachsen. Menschen,



Das Gefängnis von Muş, in dem u.a. auch Eva Juhnke inhaftiert ist. Bild: privat

die ich kannte und die mir nahestanden, sind verstorben, viele ins Ausland geflohen. Fast alle ehemaligen Gefangenen haben nach einer so langen Haftzeit extreme gesundheitliche Schwierigkeiten. Bedingt durch die Folter, aber auch durch die Feuchtigkeit und dadurch, daß viele Krankheiten gar nicht oder nur unzureichend behandelt wurden, durch das dauerhafte Fehlen von Bewegung, frischer Luft und mangelnde Ernährung. Alles das hinterläßt seine Spuren. Die Folge sind bei den meisten Herz- und Kreislaufbeschwerden, Nierenleiden, Rückenprobleme. Ich bin seit meiner Entlassung in ständiger ärztlicher Behandlung. Natürlich ist es schwer, sich wieder einzugliedern. Aber es wird uns auch schwer gemacht. Hier in der Türkei gibt es beispielsweise keine Pässe für ehemalige Gefangene. Das heißt, uns werden unsere Bürgerrechte aberkannt. Wir dürfen nicht Mitglied in einer politischen Partei werden und nicht in staatlichen Einrichtungen arbeiten. Für viele gibt es nach der Entlassung überhaupt keine Perspektive. Im Grunde genommen ist das eine lebenslange Bestrafung.

Was hat sich politisch verändert in der Zeit?
 Von selbst hat sich überhaupt nichts verändert. Alles, was sich verändert hat, haben wir durch unseren Widerstand, durch unsere Kämpfe erreicht. Drinnen wie draußen. Die Hungerstreiks von denen ich sprach, waren ja nur eine Aktionsform. Immer wieder haben sich Gefangene aus Protest gegen die Haftbedingungen selbst angezündet. Und es ist auch völlig klar, daß, damals wie heute, ohne Widerstand, ohne Kampf, sich nichts verändern wird. Die Haftbedingungen haben sich geringfügig verändert. Aber immer noch gibt es Folter und Isolationshaft. Aber vor allem die Logik, die zu der Verhaftung und Verurteilung politischer Gefangener führt, die hat sich nicht geändert. Heute finden die Prozesse nicht mehr vor reinen Militärgerichten, sondern vor den Staatssicherheitsgerichten statt. Nicht nur politischen Prozesse, sondern auch Verfahren wegen Betrugs, Steuerhinterziehung. Die Angeklagten werden angehört, und sie haben auch ein Recht auf anwaltlichen Beistand.

Dann sind die Staatssicherheitsgerichte also ein Fortschritt?

Die Staatssicherheitsgerichte sind keine Garantie dafür, daß es heute mehr Demokratie in unserem Land gibt. Auch heute noch gelten in erster Linie die Aussagen der Militärs oder gegebenenfalls die Aussage von deren Zeugen. Es gibt einen durch das Antiterrorgesetz sehr eng gesteckten Rahmen, der alle politischen Aktivitäten extrem einschränkt. Das gilt sowohl für politischen Parteien, Organisationen und Institutionen, aber auch für Intellektuelle, Literaten und Anwälte. Jedem, der gegen die engen Richtlinien des Antiterrorgesetzes verstößt, wird ein Prozeß vor dem Staatssicherheitsgericht gemacht. Und dort ist einer der Richter ein Militär Richter. Und es gibt auch Einschränkungen im Ver-

gleich zu zivilen Gerichten, was die Verteidigungsmöglichkeiten betrifft. Dadurch, daß so breite Kreise der Bevölkerung davon betroffen sind, ist auch der Widerstand gegen diese Gerichte entsprechend breit. Jetzt hat die Europäische Menschenrechtskommission diese Gerichte für illegal erklärt. Das bedeutet, daß, damals wie heute, Menschen ohne Rechtsgrundlage verurteilt werden. Im Moment gibt es einen Boykott der politischen Gefangenen gegen die Prozesse vor den Staatssicherheitsgerichten. Wir können im Moment noch nicht abschätzen, wie der Türkische Staat darauf reagieren wird. Das Urteil gegen Eva Juhnke, die ja in Abwesenheit zu 15 Jahren Haft verurteilt wurde, ist eigentlich nicht rechtskräftig. Als Angeklagte hat sie das Recht auf das letzte Wort. Dieses Recht konnte sie ja nicht wahrnehmen, denn auch sie hat ihren Prozeß boykottiert, war also gar nicht anwesend.

Stichwort Amnestie: Es gibt Bestrebungen von Gefangenen, aber auch von verschiedenen politischen Parteien und Organisationen, den 29. Oktober, die Feierlichkeiten zum 75. Jahrestag der Gründung der Türkischen Republik, für eine Amnestie zu nutzen.

Zunächst ein paar Worte zum 75. Jahrestag der Republikgründung. Wenn dieser Staat sein 75jähriges Bestehen feiert, dann feiert er auch 75 Jahre brutale Unterdrückung des kurdischen Volkes. Dann feiert er die blutige Niederschlagung des Aufstandes in Dersim 1938, wo das türkische Militär Zehntausende von Toten zu verantworten hat. Dann feiert dieser Staat drei Militärputsche, die ständige militärische Bedrohung von Armenien, Syrien und Griechenland. Dann feiert dieser Staat auch seine Gefängnisse, also Folter- und Isolationshaft, das „Verschwindenlassen“ von Oppositionellen und natürlich auch sein Antiterrorgesetz, das ja die Grundlage für die Verurteilung der politischen Gefangenen bildet. Ich befürchte, daß das, was jetzt passiert und offiziell Amnestie genannt wird, nur eine Mogelpackung ist. Wahrscheinlich wird nur ein kleiner Teil der Gefangenen in den Genuß dieser Amnestie kommen. Außerdem nützt die Amnestie ja nichts, wenn nicht die gesetzliche Grundlage für die Verfolgung und Verurteilung Oppositioneller, das Antiterrorgesetz, verändert wird. Dann werden die Knäste genauso schnell wieder voll, wie sie leer geworden sind. Außerdem, was heißt schon Amnestie? Amnestie kann ja nur bedeuten, daß eine Strafe, die für ein Verbrechen verhängt wurde, verkürzt wird. Aber die politischen Gefangenen haben ja überhaupt keine Verbrechen begangen. Deshalb kann es nicht darum gehen, amnestiert zu werden. Mit der Anerkennung der Amnestie ist ja auch ein Eingeständnis einer Schuld verbunden. Welche Schuld?

Darum kann die Forderung nur sein: „Freiheit für alle politischen Gefangenen!“ Und diese Forderung unterstützen wir von der Özgür Gündem natürlich auch.

Repression gegen Kurtulus hält an

Es gibt viel zu tun ...

Am 7. Oktober wurde das Istanbul Zentrallbüro der sozialistischen Wochenzeitung Kurtulus von der Polizei gestürmt. Insgesamt 23 Journalisten, darunter die Auslandsredakteurin der Kurtulus in Deutschland Nurgül Arzitas, wurden unter Schlägen von Polizisten der Anti-Terror Einheiten festgenommen. Noch während die Polizei in der Redaktion wütete, trafen aus Europa die ersten Faxe ein, die gegen den willkürlichen Angriff protestierten.¹

Leider hatten die Proteste nicht den gewünschten Erfolg. Die festgenommenen 23 Journalisten befinden sich weiter in der Anti-Terror Abteilung in der Vatan Straße in Istanbul. Auch der Versuch, das deutsche Konsulat in Istanbul zur Intervention zu bewegen, brachte kein Ergebnis. Die Auslandsredakteurin der Kurtulus Nurgül Arzitas besitzt zwar eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland, ist aber türkische Staatsbürgerin. Der Konsul erklärte, daß sie schon froh gewesen seien, von der Anti-Terror Abteilung die Festnahme bestätigt bekommen zu haben. „Normalerweise beantworten die unsere Fragen gar nicht“, hieß es. Einen Grund für die Festnahme hatte er nicht genannt bekommen.

Das Büro der Kurtulus in Istanbul wurde bei der 'Durchsuchung' durch die Polizei vollständig unbrauchbar gemacht. Fenster und sogar die Glühbirnen wurden zerschlagen, Kabel für Computer und Modems zerschnitten. Das gesamte Archiv, alle vorhandenen Exemplare der Zeitung und die Festplatten der Computer wurden mitgenommen.

Auch eine am nächsten Tag stattfindende Kundgebung, bei der eine Presseerklärung über den Angriff verlesen wurde, wurde von der Polizei angegriffen. 10 Teilnehmer wurden festgenommen. Alle 10 sollen heute vor den Staatsanwalt gebracht werden.

Ebenfalls am 8. 10. wurden die Büros der Kurtulus in Malatya und Eskisehir von der Polizei angegriffen. In Malatya wurden 5 Journalisten festgenommen. Die bei dem Angriff in Eskisehir festgenommenen 2 Journalisten sind nach unseren Informationen bereits wieder freigelassen worden.

Einige Tage vor der Stürmung des Zentrallbüros in Istanbul war die Druckerei der Kurtulus in Istanbul von der Polizei 'besucht' worden. Während des Druckes der aktuellen Ausgabe stürmte die Polizei die Druckerei und beschlagnahmte die frisch aus der Presse laufende Ausgabe. Angeblich gab es dafür eine Anordnung der Staatsanwaltschaft. Rechtlich gesehen ist dies nicht möglich, da die Staatsanwaltschaft erst

nach Erscheinen einer legalen Zeitung entscheiden kann, ob diese gegen die Gesetzgebung verstößt oder nicht.

Die Angriffe gegen die Zeitung Kurtulus sind ein deutliches Zeichen dafür, daß das System in der Türkei immer unduldsamer gegen diejenigen vorgeht, die die Verschmelzung aus Mafia und Konterguerilla zum Staat der Türkei anprangern. In den letzten Monaten haben sich die Angriffe ziviler und offizieller faschistischer Kräfte, von Polizei und Konterguerilla auf Oppositionelle verstärkt. So vergeht kein Samstag mehr, an dem nicht die Angehörigen von Verschwundenen, Ermordeten und Gefangenen bei ihrer wöchentlichen Kundgebung vor dem Galatasaray Gymnasium in Istanbul von der Polizei behelligt werden. Mit Panzern und Hundestaffeln wird der Platz umstellt, 70 jährige Großmütter geschlagen und festgenommen.

Diese Repression gegen die Opposition des Volkes wird nicht ab- sondern zunehmen. Längst haben die Menschen jedes Vertrauen in den „Staat von Susurluk“ verloren. Ihre Rufe nach Gerechtigkeit werden mit Knüppel und Folter, wenn nicht sogar mit Verschwindenlassen oder Mord auf offener Straße beantwortet.

In Europa stößt das faschistische Regime in der Türkei im wesentlichen leider nicht auf Protest, sondern auf tatkräftige Unterstützung durch Regierungen europäischer Länder. Besonders Deutschland hat sich unter der CDU/CSU/FDP Regierung der letzten Jahre dabei hervorgetan. Es ist kein Geheimnis, daß z.B. die Waffen, mit denen die Bevölkerung in Türkei/Kurdistan terrorisiert wird, aus Deutschland stammen, ebenso wie die martialische Ausrüstung der „Robocops“ in den Großstädten der Türkei, die gegen Demonstranten eingesetzt werden. Auch politisch wird dem Folterstaat jede Hilfe angedient. So wurde zuletzt kurz vor den Wahlen die aus der Türkei stammende revolutionäre Bewegung DHKP-C (Revolutionäre Volks Befreiungs Partei - Front) auf Beschluß von Innenminister Kanther verboten. Um dem Ganzen die Krone aufzusetzen, verbot Kanther die Kurtulus als „Organ der DHKP-C“ gleich mit. Was den Behörden in der Türkei unter äußerst repressiven Pressegesetzen nie gelungen ist, schafft Kanther im Handstreich und per Verfügung der Exekutive: die Kriminalisierung einer legalen Zeitung als Organ einer verbotenen Organisation. Solche Beschlüsse stärken die Moral eines Regimes, daß die elementarsten Menschenrechte mit Füßen tritt. Die Dreistigkeit, mit der das Regime in der Türkei im Moment gegen die Kurtulus vorgeht, ist wohl auch auf die offensichtliche Rückendeckung durch Regierungen als 'demokratisch' anerkannter Länder zurückzuführen.

Ohne eine massive Intervention der demokratischen Öffentlichkeit in Europa ist nicht zu erwarten, daß sich die Menschenrechtssituation in der Türkei verbessert. Ohne daß sich die Öffentlichkeit in Europa der

Situation in der Türkei annimmt, ist nicht zu erwarten, daß Meinungs- und Pressefreiheit dort auch nur annähernd Beachtung finden.

Deutschland wird in diesen Wochen eine neue Regierung bekommen. Eine der Aufgaben dieser Regierung muß es sein, der Türkeipolitik Deutschlands eine andere Richtung zu geben. Damit die neue Regierung aus SPD und Grünen dieser Aufgabe nachkommt, bedarf es des Druckes der Opposition und der deutschen demokratischen Öffentlichkeit. Wir appellieren an alle Demokraten in Deutschland, sich nach Kräften dafür einzusetzen, daß die Menschenrechte in der Türkei und auch die Pressefreiheit in Deutschland Beachtung finden.

Heike Schrader, für

„Stoppt Zensur“, Initiative für Pressefreiheit,
Postfach 3570, 67623 Kaiserslautern, Fax:
0631 - 45722, Tel.: 0171 - 5492575

¹ Fax an die Behörden in der Türkei schickten: Stefan Tippach, PDS MdB; Angelika Beer, B90/Grüne MdB; Dr. Willibald Jacob, PDS MdB; Eva Bulling-Schröter, PDS MdB; Amke Dietert-Scheuer, B90/Grüne MdB; Freke Over, PDS MdL Berlin; Dr. Angelika Haas, PDS Berlin; Rüdiger Göbel, Außenpolitik Junge Welt; Komitee für Internationale Solidarität Kaiserslautern; DKP Kreisvorstand Wuppertal; Rechtsanwältinnen Lüttes pp.; ASS. NAZ. Politico, Italien; Partei der Arbeit, Belgien; Internationale Leninistische Strömung, Österreich; Dr. Günter Klotter, Gewerkschaftlicher Linksbund im ÖGB, Österreich; Claudia Krieglsteiner, KPÖ Wien; Sofia Edin und Christoph Naske, Grünalternative Jugend Wien; Kommunistischer Student.inn.enverband Wien; Laura Fortelka, Kommunistische Jugend Österreich (M), Gewerkschaft der JournalistInnen Österreichs; Sozialistische Offensive Vorwärts, Österreich; Kommunistische Partei Graz; Peter Steyer, Grüne Alternative im Parlament, Österreich.

Wir bedanken uns auch im Namen der Redakteure von Kurtulus bei allen, die schnell reagiert und ein Fax gesendet haben.

Hinweis:

Wir veröffentlichten in der letzten Ausgabe einen Aufruf an den seinerzeitigen Bundesinnenminister, das Verbot der Zeitung Kurtulus aufzuheben (Angehörigen Info 212, S. 12). Die Initiative „Stoppt Zensur“, Initiative für Pressefreiheit, richtet diesen Aufruf nunmehr an den neuen Bundesinnenminister Otto Schily.

In der Roten Hilfe (Zeitung der Roten Hilfe e.V.) Nr. 4/1998 ist ein Interview mit Gefangenen aus der DHKP/C abgedruckt: „Das Todesfasten von 1996 hat durch seine Ergebnisse den Charakter eines politischen Sieges ...“.

Revolte in türkischem Gefängnis

Dutzende Geiseln genommen

Politische Häftlinge in drei türkischen Gefängnissen haben mehrere Dutzend Mitglieder des Wachpersonals als Geiseln genommen. Das gab der türkische Justizminister Hasan Denizkurdu am Abend bekannt. Die Häftlinge, die bessere Haftbedingungen fordern, setzten im Umraniye-Gefängnis von Istanbul 30 Wachmänner fest. Eine unbekannte Zahl von Angehörigen des Gefängnispersonals wurden im Gefängnis von Bergama (Pergamon) nahe der Ägäisküste und in der Haftanstalt von Canakkale an den Dardanellen als Geiseln genommen.

Das Gefängnis von Umraniye wurde von Polizeieinheiten umstellt. Einen gewaltsamen Vorstoß zur Befreiung der Wachmänner schloss die Polizeiführung jedoch ab.

Fünf Todesopfer in Diarbakir

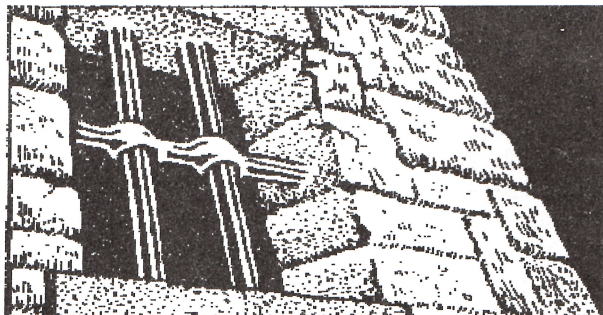
Die Zahl der Toten einer Protestaktion im Gefängnis der südosttürkischen Metropole Diarbakir am Tigris erhöhte sich unterdessen auf fünf. Heute erlagen nach einer Meldung der halbamtlichen Nachrichtenagentur Anatolia drei weitere kurdische Häftlinge den schweren Brandverletzungen, die sie sich am Donnerstag zugefügt hatten. Ein vierter Gefangener wurde am Morgen in kritischem Zustand in ein Krankenhaus gebracht.

Schon am Donnerstag abend waren zwei kurdische Gefangene in Diarbakir verbrannt. Sie hatten sich aus Protest gegen das Vorgehen der türkischen Regierung gegen die kurdischen Rebellen im Osten der Türkei und die Verfolgung des Chefs der Kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, selbst in Brand gesetzt.

In türkischen Gefängnissen sitzen derzeit etwa 9000 Mitglieder und Anhänger linksgerichteter und kurdischer Organisationen ein. Im April hatten linksgerichtete Gefangene in sieben Gefängnissen über 50 Wachmänner zwei Tage lang festgehalten, um gegen ihre geplante Verlegung in andere Gefängnisse zu protestieren.

Inzwischen haben die Gefangenen ihre Revolte beendet.

Nach: blue window news, 23. Oktober 1998.



„Die Amnestie wäre die unverzügliche und notwendige Auswirkung jener Anerkennung“

Zweites Interview abgehalten in Zornotza, Bizkaia, am 11. Juli 1998. Antworten: Jon Idigoras Gerrikabeitia (Das erste Interview wurde im Info 212 abgedruckt.)

Ich wurde am 3. Mai 1936 in einer Arbeiterfamilie geboren. Im Alter von 15 begann ich in der Metallindustrie zu arbeiten. Ich engagierte mich in der Arbeiterbewegung, in Untergrundorganisationen während des Frankismus, und wurde bei vielen Anlässen verhaftet, 1958, 1968, 1970 und 1972. Ich war im Exil von 1974 bis 1977 und wurde wieder verhaftet 1980, 1982, 1996.. bis 1998. Ich war 1975 einer der Gründer von KAS, 1974 einer der Gründer der Gewerkschaft LAB und 1978 einer der Gründer Herri Batasunas. Ich war gewähltes Mitglied des Parlaments, sowohl im Baskischen Parlament, als auch im Parlament von Madrid. Ich war das Opfer verschiedener Mordanschläge, darunter desjenigen vom Hotel Alcala, wo das Mitglied des Parlaments Josu Muguruza getötet und das Mitglied des Parlaments Inaki Esnaola verletzt wurde. Ich war Mitglied und Sprecher der Mesa Nacional Herri Batasunas seit ihrer Gründung und habe immer noch vor, diesen Kampf fortzusetzen. Ich bin verheiratet ohne Kinder. Meine Frau war 15 Jahre im Exil.

I. Die Situation der baskischen politischen Gefangenen und die Solidarität mit ihnen

Was würdest Du über die Zeit, die Du im Gefängnis verbracht hast, sagen wollen?

Es war nicht das erste Mal, ich war schon achtmal im Gefängnis. Dieses Mal war es ein qualitativer Sprung, weil die ganze Leitung einer legalisierten politischen Partei, legitimiert durch fast 20% der Wählerstimmen, ins Gefängnis gebracht wurde, weil sie einen Lösungsvorschlag für den Konflikt bekanntgemacht hatte.

Wie zeigt sich gegenwärtig der Widerstand der baskischen Gefangenen?

Der Widerstand der baskischen politischen Gefangenen ist darauf konzentriert, daß die Menschenrechte respektiert werden sollen, und die durch die Regierung verletzte Legalität, damit die Gefangenen ihre politischen und ideologischen Prinzipien widerrufen sollten. Der Plan der Wiedereingliederung der Regierung strebt die psychologische und physische Vernichtung der Gefangenen an, die ihre Ideen nicht widerrufen.

Welche Wege hältst Du für passend, die Gefangenen möglichst schnell ins Baskenland zu

holen? Welchen Wert hat die Solidarität mit den baskischen Gefangenen?

Heute ist die Unterstützung und die Solidarität mit den Gefangenen fundamental, denn der soziale Druck sollte dazu führen, daß die baskischen Institutionen und die Menschenrechtsorganisationen die spanische Regierung zwingen, ihren eigenen Gesetzen zu folgen: Bedingte Freiheiten, Abbüßung der Strafen in Gefängnissen nahe dem Heimatort und Freilassung der Gefangenen mit unheilbaren Krankheiten.

Kann der baskische Konflikt beendet werden ohne Amnestie?

Nein. Der Konflikt der Basken mit dem Staat wird nur dadurch gelöst werden, daß man an die Wurzeln des Konfliktes herangeht, das heißt, durch die Anerkennung der kulturellen Andersartigkeit der baskischen Nation; durch die Anerkennung und Respektierung des Volkswillens, ausgedrückt durch das Recht auf Selbstbestimmung, und durch die Respektierung der Ergebnisse, die die Ausübung des Selbstbestimmungsrechts bringen. Die Amnestie wäre die unverzügliche und notwendige Auswirkung jener Anerkennung.

Sucht die Abertzale-Linke nach einer Möglichkeit, eine Amnestie zu erreichen?

Ohne jeden Zweifel glauben wir von der Abertzale-Linken, daß Amnestie ein wichtiger Schritt wäre. Nicht nur um die Situation unserer Gefangenen zu erleichtern, sondern auch um die Entspannung zu begünstigen und um den Dialogprozeß zu eröffnen. Solch eine Maßnahme könnte ohne Zweifel von anderen Gesten begleitet sein, wie von einem Waffenstillstand, der ein zusätzlicher Beitrag wäre. Deswegen verteidigen wir von der Abertzale-Linken stets diese Maßnahme.

II. „Baskischer Sozialismus“ und „partizipative Demokratie“ – erreichbare Zielsetzungen oder bloßer Traum?

Wenn das Volk selbst entscheiden kann, hältst Du es dann für ein mögliches Ergebnis, daß das Baskenland ein sozialistisches Modell wählen wird?

Ich habe keinen Zweifel daran, daß es im Prozeß des nationalen Aufbaus, ausgehend von der Ausübung der Volkssouveränität (Autodetermination), notwendig sein wird, das soziale Modell zu entwerfen und anzunehmen. Für das Baskenland wird es schwierig sein zu präzisieren, welches sozialistische Modell es sein soll, weil so gut wie alle verbraucht sind.

Und die Sozialdemokratie ist heute völlig unscharf. Ich zweifle nicht daran, daß eine Mehrheit für ein sozialistisches, vergesellschaftendes Modell stimmen würde, man würde es zu definieren haben.

Welche sozialistischen Modelle werden auf der Abertzale-Linken vorgeschlagen, die über die „partizipative Demokratie“ hinausgehen?

Heute das sozialistische Modell zu präzisieren, ist praktisch unmöglich, aber die „partizipative Demokratie“ ist ein guter Ansatz, um das sozialistische Modell zu definieren, das wir im Baskenland des Euro benötigen.

Glaubst Du, daß Herri Batasuna eines Tages den Ansatz „partizipative Demokratie“ beiseite schieben, aufgeben wird, zum Beispiel um den Frieden zu erreichen oder um die Zusammenarbeit mit der Baskischen Nationalpartei (PNV) zu erleichtern?

Herri Batasuna wird nicht auf seine ideologischen Prinzipien, auf sein Gesellschaftsmodell, auf seine politische Strategie verzichten, um einen Friedensprozeß gemeinsam mit anderen politischen Parteien voranzubringen. Der Friedensprozeß gründet sich darauf, daß eine soziale Mehrheit im Baskenland vom Staat eine Verhandlungslösung fordert, gegründet auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts und die Ausübung der Volkssouveränität, um unsere Beziehung mit dem Staat zu bestimmen. Es wird in einer späteren Phase sein, daß man das soziale Modell auswählen muß (Modell der Kultur, des Unterrichts, der medizinischen Versorgung, der partizipativen Demokratie).

Was die partizipative Demokratie betrifft, glaubst Du, daß es genug Möglichkeiten gibt, diese schöne und vielversprechende Idee zu verbreiten? Weißt eine Mehrheit im Baskenland schon, was das Konzept bedeutet?

Es gibt keinen Zweifel daran, daß heute diese Modell von einer Mehrheit akzeptiert würde. Vergessen wir nicht, daß die Repräsentation der Arbeiterklasse des Baskenlandes mehrheitlich bei den Gewerkschaften ELA und LAB liegt, und dies ist das beste Instrument dafür, daß die „partizipative Demokratie“ der Gesellschaft bekannt wird.

III. Der baskische Konflikt und Herri Batasunas politische Möglichkeiten

Welche Bedeutung haben die Beziehungen zwischen Herri Batasuna und den baskischen Gewerkschaften?

Die bedeutendste Tatsache ist ohne Zweifel

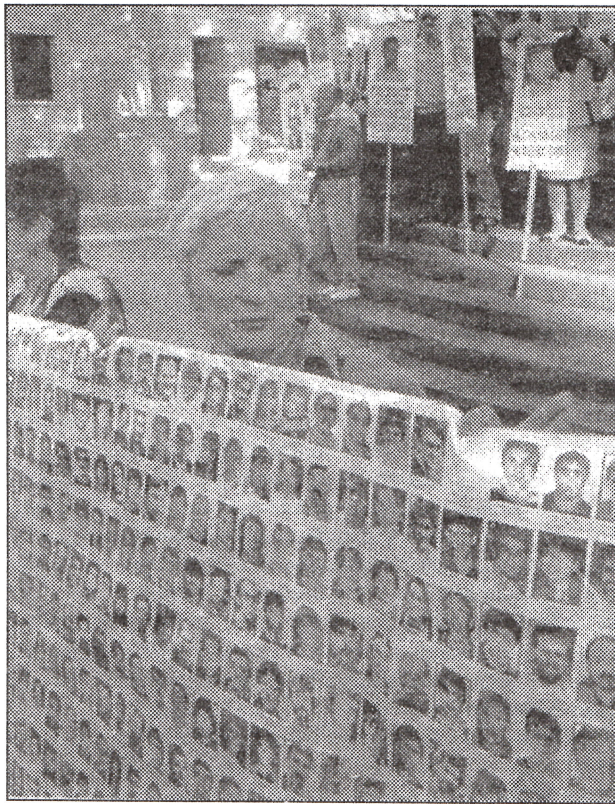
das Abkommen zwischen ELA und LAB gewesen, grundsätzlich, weil die spanischen Gewerkschaften verdrängt werden konnten und ein baskischer gewerkschaftlicher Raum geschaffen werden konnte, das heißt eine gewerkschaftliche Mehrheit, die nicht nur die Verteidigung der Interessen der Arbeiter hinsichtlich der sozialen Verbesserungen unternimmt, sondern die auch die historischen Rechte der baskischen Nation einschließt, das Recht auf die Selbstbestimmung und den Protagonismus im Prozeß des nationalen Aufbaus. Jener berühmte Ausspruch, daß die Arbeiter kein Vaterland haben, ist nicht länger, gültig und das Übereinkommen ELA-LAB zeigt, daß die Arbeiter eine wichtige Rolle im Prozeß des nationalen Aufbaus spielen müssen.

Wird die 'Einheit der baskischen Patrioten' und die Zusammenarbeit zwischen PNV, EA und Herri Batasuna Deiner Meinung nach eines Tages so funktionieren, wie es sein sollte? Denkst Du, Herri Batasuna kann in der Zukunft ein Übereinkommen mit der Vereinigten Linken (Izquierda Unida) im Baskenland erreichen, um das Selbstbestimmungsrecht einzufordern oder auch um ein linkes Projekt voranzutreiben?"

Es ist wichtig für die Schaffung einer sozialen Mehrheit im Baskenland, Abkommen mit den nationalistischen Parteien, PNV und EA, zu erreichen und der Unversöhnlichkeit des spanischen Nationalismus entgegenzutreten, das Verbürgen und die Legitimation dieser Mehrheit, aber ich würde nicht von einer Abertzale-Front sprechen, und zwar wegen eines fundamentalen Grundes, weil die Lösung des Konflikts nicht eine ausschließlich nationalistische sein wird, sondern eine demokratische Lösung, der sich perfekt andere, nicht nationalistische Kräfte wie die Vereinigte Linke anschließen können, mit der wir auch zu zählen haben werden zu der Stunde, in der ein soziales Modell entworfen und verteidigt werden soll.

Kannst Du Dir die Unabhängigkeit des Baskenlandes vorstellen, ohne daß Nafarroa teilnehmen würde? Was würdest Du vorziehen, die Unabhängigkeit ohne eine Provinz Nafarroa oder die Einheit Bizkaias, Arabas, Gipuzkoas und Nafarroas ohne Unabhängigkeit?

Wir sprechen niemals von der Unabhängigkeit des baskischen Autonomiegebiets (Vascongadas) oder von Nafarroa, oder von Lapurdi oder Zuberoa, obwohl wir Unabhängigkeitsbefürworter sind. Wir vertreten unser Projekt des nationalen Aufbaus des Baskenlandes (Euskal Herria), sowohl sozialpolitisch als auch territorial, so müßten es alle sein, alle die Basken und Baskinnen, die ohne Ausschließungen an dem Projekt und an der Entscheidung teilnehmen sollen; die Abtrennung von irgendeinem der Teile, in die-



sem Fall Nafarroa, würde einen Prozeß des nationalen Aufbaus unmöglich machen. Es ist ein ähnlicher Fall wie der Ulsters, die irischen Republikaner von Gerry Adams suchen nicht die Unabhängigkeit von Ulster, sondern schließen sich dem Projekt der Konstruktion eines vereinigten Irlands an. Den Willen der Mehrheit der Navarrer für das Projekt der Einheit zu gewinnen, wird ohne Zweifel ein langer Prozeß werden, wo die Wechselbeziehungen der Kräfte der entscheidende Faktor sein werden.“

IV. Neue Kampfformen und die Zukunft des bewaffneten Kampfes

Viele Leute meinen, die baskische Abertzale-Linke kann nicht durch den bewaffneten Kampf der ETA den Sieg erringen, sondern durch ihre kluge und geschickte Politik. Welche Zukunft siehst Du für die gegenwärtige Kampfform der ETA?

Wir haben niemals die Behauptung aufgestellt, daß der bewaffnete Kampf der ETA dem baskischen Projekt den Sieg geben wird. ETA repräsentiert eine Form der gewalttätigen Antwort auf den Konflikt, der vielfach wegen der Manipulation durch die Medien von vielen Sektoren nicht verstanden wird. Aber trotzdem wird die Lösung in keinem Fall militärisch oder polizeilich sein, sondern eine demokratische Lösung, wo eine Mehrheit vom spanischen Staat die Anerkennung ihrer Rechte erzwingt, als einzige Form, einen Konflikt zu beenden, der auch politisch ist.

Was können wir aus dem irischen Friedensprozeß lernen, wenn wir das Selbstbestimmungsrecht für das Baskenland fordern wollen und wenn die Abertzale-Linke das Baskenland

von den Repressionskräften befreien will? Ungeachtet der Unterschiede, die zwischen dem irischen Prozeß und dem baskischen existieren, gibt es verschiedene fundamentale Aspekte, die als Modell dienen können:

Daß es unmöglich ist, eine bewaffnete Konfrontation aufrechtzuerhalten, die zum Sieg für keinen der beteiligten Teile führen würde. „Das ewige Unentschieden“ führt zu nichts. Der Einsatz aller politischen Kräfte, um ein Abkommen zu erzwingen, das auf dem Recht der Selbstbestimmung basiert; der Willen der IRA, die Situation freizumachen durch die Delegation ihrer Repräsentation in den politischen Arm, Sinn Féin; die Entspannung, erzeugt durch die Freilassung von Gefangenen und den Waffenstillstand der IRA; vor allem, daß sie in Irland einen Tony Blair gehabt haben, fähig, den Friedensprozeß anzugehen und für ihn einzutreten.

Welche Möglichkeiten siehst Du für die Abertzale-Linke, wenn sie neue Kampfformen verwenden würde? Welche neuen Kampfformen im Kampf für Unabhängigkeit und Sozialismus würden Dir gut gefallen?

Natürlich, wenn wir eine soziale Mehrheit für die Rechte des Baskenlandes erreichen, werden die Kampfformen in Einklang mit dieser Mehrheit stehen: Massenkampf, Kampf in den Institutionen, internationale Foren, Implikation anderer Länder in die Unterstützung unserer Forderungen.

Bild: Demonstration von Angehörigen

Assata Shakur

US-Parlament kennt keine Gnade

Der US-Kongreß hat von der kubanischen Regierung in einer Resolution die Auslieferung Assata Shakurs gefordert, die seit ihrer Flucht aus einem Gefängnis im amerikanischen New Jersey im Exil auf der Karibik-Insel lebt. Das ehemalige Black-Panther-Mitglied hatte sich Anfang der 70er Jahre der Black Liberation Army angeschlossen und war 1973 bei ihrer Verhaftung schwer verletzt worden. Nach einer konstruierten Anklage wurde sie 1976 zu einer lebenslangen Freiheitsstrafe verurteilt. Die Staatsanwaltschaft machte sie für den Tod eines Polizisten verantwortlich. Hierzulande wurde sie durch ihre - äußerst lesenswerte - ins Deutsche übersetzte Biographie „Assata“ bekannt. 1979 gelang es ihr, mit Hilfe von Freunden aus der Haft zu entkommen. Kuba gewährte ihr Asyl.

Die Resolution des US-Parlaments hat für die Clinton-Regierung zwar keine bindende Wirkung. Allerdings „gibt sie US-Behörden unausgesprochen die Ermächtigung, Assata Shakur und andere exilierte Revolutionäre zu

Ein Gefängnis innerhalb des Gefängnisses

Seit 1991 ist das Hochsicherheitsgefängnis von Santiago (Carcel de Alto Seguridad, CAS) den politischen Gefangenen vorbehalten. Die Zahl der politischen Gefangenen in Chile beträgt aktuell ungefähr 15 Frauen und 70 Männer. Mehrere Verurteilte wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres freigelassen, weil ihre Strafe dem Ende zuzuging. Die Angehörigen der Gefangenen beurteilen diese Freilassungen allerdings ambivalent. Die anderen Gefangenen bleiben Geiseln der Militärs und Pinochets, die große Mehrheit von ihnen eingesperrt in einem Universum aus Beton im CAS.

Die zwei Hochsicherheitsabteilungen, in denen die meisten politischen Gefangenen Chiles inhaftiert sind, befinden sich in der Hauptstadt. Die meistens zwischen 25 und 40 Jahren alten Männer und Frauen wurden von der Militärjustiz oft mit Mehrfachstrafen zu 40 und mehr Jahren verurteilt. Sogar die Todesstrafe wurde gegen einige von ihnen verhängt. Diese wird jedoch momentan nicht angewendet. Der christdemokratische

kidnappen und sie illegal in die USA zu bringen“, meint Damon McGhee, Sprecher eines Washingtoner Solidaritätskomitees. Bereits im Frühjahr hatte die Gouverneurin von New Jersey, Christine Todd Whitman, 50.000 US\$ auf den Kopf der 51-jährigen ausgesetzt, wie einer von African Frontline News Service verbreiteten Internetmeldung zu entnehmen ist.

Das Komitee weist darauf hin, daß Shakur Opfer der sog. Cointelpro-Aufstandsbekämpfungspolitik des FBI geworden war. Dabei handelte es sich um ein in den 60er Jahren entwickeltes Programm, das auf die Zerschlagung der militanten Organisationen der Afro-Amerikaner abzielte. Auf einer Demonstration in Washington in der ersten Oktoberhälfte wurde die Rücknahme der Resolution, ein Untersuchungsausschuß, der sich mit dem Cointelpro-Programm beschäftigt und eine allgemeine Amnestie für die politischen und Kriegsgefangenen sowie Exilierten gefordert.

„Assata lebt gezwungenmaßen im kubanischen Exil, weil sie sich für die Gleichberechtigung der Schwarzen in Amerika eingesetzt hat“, so McGhee. Viele andere schwarze Aktivisten seien seit mehr als 20 Jahren wegen konstruierter Cointelpro-Anklagen im Gefängnis.

(wop, aus LinX 21/98)



Präsident Eduardo Frei hat sich dagegen ausgesprochen. Neben den in den Spezialabteilungen der Hauptstadt untergebrachten Gefangenen gab es Anfang März 1998 ein Dutzend „Politische“ in den Provinzgefängnissen von Concepcion, Antofagasta, Talca, Temuco und Puente Alto.

Auf den ersten Blick scheint es nicht schwierig zu sein, eine alternative Militante des FPMR (Frente Patriótico Manuel Rodríguez) oder des MAPU-Lautaro zu treffen: die weiblichen politischen Gefangenen sind im COF zusammengefaßt, einer Strafabteilung mit verstärkten Sicherheitsvorkehrungen, 150 Meter entfernt von der Metrostation „Agrícola“, die an der neuen Metrolinie nach La Florida liegt. Das Hochsicherheitsgefängnis für politischen Gefangene männlichen Geschlechts ist eine wahrhafte Festung. Es liegt auf dem Areal der Strafanstalt von Santiago, nur wenige Gehminuten von der Station „Rondisoni“ entfernt auf der Metrolinie, die das Zentrum der Hauptstadt mit der Gemeinde San Miguel verbindet.

Die Besuchsbedingungen bei politischen Gefangenen sind „in der Demokratie“ (wie sich Chile seit dem 11. März 1990 nennt) paradoxerweise noch restriktiver, als sie es während der Epoche der (offenen) Diktatur waren. Es genügt nämlich nicht mehr, sich an einem Besuchstag zum Gefängnis zu begeben, die Identitätskarte abzugeben und sich als FreundIn eines/r politischen Gefangenen zu melden. Heute muß man zuerst zu einem Treffen bei einem höheren Polizeioffizier. Sofern eine nahe Beziehung mit der gefangenen Person besteht, wird danach auf der Ebene höherer Polizeinstanzen abgeklärt, ob die „Vergangenheit“ der/s GesuchstellerIn kein Hinderungsgrund für einen Besuch darstellt.

Für die nahe Familienangehörigen und die Besuche der Partnerin oder des Partners wurde kürzlich die Besuchsdauer auf mehr als einen halben Tag verlängert, eine oder zwei gemeinsame Mahlzeiten mit eingeschlossen. „Wir befürchten, daß solche Erleichterungen nur darauf abzielen, die Idee besser zu verkaufen, daß wir noch lange in Geiselschaft bleiben werden. Im Gegensatz zu den Folterern, die sich in Freiheit befinden, seit die Armee 600 Prozesse blockiert hat!“, macht ein Gefangener geltend. Er beruft sich dabei auf den „boinazo“, eine der zwei handfesten Anlegenheiten, bei denen Pinochet eine Kraftprobe mit dem Präsidenten Aylwin ein-

ging, die er innerhalb weniger als 24 Stunden gewonnen hatte.

Für spezielle Besuche, beispielsweise eines Freundes, der im Ausland lebt, dauert die Besuchszeit gewöhnlich zwei oder drei Stunden, im Minimum eine Stunde. Man muß aber anfügen, daß die Besuchsbedingungen sogar für „spezielle“ Besuche in jedem Fall einen geringeren Angriff auf die menschliche Würde darstellen, als dies im Gefängnis in Zürich der Fall ist. Im Flughafengefängnis in Kloten konnte selbst die Präsidentin der KP Chiles, Gladys Marin, die anlässlich des 1.-Mai-Festes in Zürich weilte, Patricio Ortiz nur hinter einer Trennscheibe besuchen. Eine solche Schikane konnte im CAS nicht durchgesetzt werden. Dafür ist aber nicht die Übergangsregierung verantwortlich. Sie wollte die privaten Besuche der politischen Gefangenen einschränken. Die politischen Gefangenen haben dieses Ansinnen verhindert. Doch auch dieser kleine Sieg - die Bewahrung des Rechts auf private Besuche in angemessenem Rahmen - mußte teuer erkämpft werden: mit einem Hungerstreik und seinen für den Körper ruinösen Folgen.

Totale Überwachung

Die teilweise unterirdisch gebaute CAS ist gleich zweifach von der Außenwelt isoliert: Außerhalb der Mauern und des ultramodernen Kontrollsystems, die ihm eigen sind (polarisierte Fenster, in Mauern versteckte Kameras und Mikros, Metalldetektoren, Ganzkörperkontrollen der BesucherInnen beim Ein- und Ausgang), gibt es noch die „Feuerlinie“ der Strafanstalt. Als Folge der Jahrhundertflucht vom 30. Dezember 1996 wurden zudem über den vier kleinen Gefängnishöfen Gitter angebracht. Beim spektakulären Ausbruch gelang es Patricio Ortiz und drei anderen Militanten der FPMR, in einen kugelsicheren Korb zu springen, der von einem von einem Kommando des FPMR gemieteten Helikopter herabhing.

Neben den architektonischen Sicherheitsvorkehrungen gibt es immer die Bedrohung durch eine polizeiliche Spezialeinheit. Sie sind Anhänger einer ganz besonderen Gewalt, die in einem gewissen Maße auch von gewöhnlichen Wärtern ausgeführt wird. So ist als unmittelbare Folge der Flucht per Helikopter der Rhythmus für Familienbesuche bis Ende 1997 auf zwei Wochen heraufgesetzt worden, nachdem in den ersten zwei Monaten des Jahres 1997 ein totales Besuchsverbot verhängt worden war. Die Mehrheit der Gefangenen trat vom Jahresende 1996 bis zur Aufhebung der Isolation in den Hungerstreik. (...) Patricio Ortiz ist es gelungen, aus jener Hölle zu fliehen - im Winter eiskalt und im Sommer überhitzt - im Vertrauen darauf, bei seiner seit 18 Jahren in Zürich lebenden Schwester Asyl zu finden. (...)

(Aus dem Rundbrief des Solidaritätskomitees „Freiheit für Patricio Ortiz“, Schweiz, September 1998)



„Pinochet wurde zum Störfaktor“

Die Verhaftung Augusto Pinochets in London beschäftigte auch die Mitglieder der chilenischen Menschenrechtsorganisation „Comité 119“ Cecilia Radrigán Plaza und Pedro Mendoza. Cecilia war als Widerstandskämpferin der Linken Revolutionären Bewegung MIR 1982/92 inhaftiert und wurde gefoltert. Die Militärs ermordeten ihren Bruder und den Vater ihres Kindes. Pedro Mendoza war politischer Gefangener bis weit in die 90er Jahre.

Welches Gefühl hatten Sie, als Sie von der Festnahme Pinochets erfuhren?

Cecilia R.: Natürlich das großer Freude. In Chile ist es uns bisher nicht gelungen, den Hauptschuldigen für unzählige unter der Herrschaft der Militärs begangene Verbrechen auch nur unter Anklage zu stellen. Ich bin froh, daß die vom internationalen Kapital gnadenlos umgesetzte Globalisierung auch mal für uns Früchte trägt.

Wie schätzen Sie die Haltung der chilenischen Regierung zu Pinochet ein?

Wir sind sehr enttäuscht darüber. Aber diese Haltung überrascht uns nicht. Die Christdemokraten haben gemeinsam mit den Militärs den Putsch gegen die sozialistische Regierung Allende geplant und die Interessen der herrschenden Klasse in unserem Land

durchgesetzt. Heute stellen sie sich gern als Opfer der Diktatur dar, was ihnen aber kaum glaubhaft gelingt. Der Außenminister stattet Pinochet mit diplomatischer Immunität aus, indem er vorgibt, dieser hätte in London eine spezielle Mission zu erfüllen. Präsident Frei betont darüber hinaus, daß nur chilenische Gerichte die in Chile begangenen Verbrechen richten können. Damit erkennt er explizit nicht an, daß diese Verbrechen den Status von Völkermord und internationalem Terrorismus haben.

Die sozialdemokratischen Parteien, die auch Teil der Regierungskoalition sind, vertreten allerdings andere Positionen.

Ja, das müssen sie wohl. Die Sozialistische Partei (PS) ist allerdings auch verantwortlich für die Gründung des neuen Geheimdienstes „Oficina“, dem ehemalige Gegner der Diktatur angehören. Die kennen die Widerstandsstrukturen, was heute viele unserer Genossen die Freiheit oder sogar das Leben kostet. Jetzt vor der Wahl müssen die Sozialdemokraten ihr Image vor dem Volke reinwaschen. Deshalb treten sie so energisch für eine Verurteilung Pinochets ein.

Pedro Mendoza, wie schätzen Sie die Bedeutung der Londoner Ereignisse für das chile-

nische Volk ein?

Pedro M.: Ich glaube, die ganze Freude über die Lage, in der sich der Exdiktator jetzt befindet, verschließt uns die Augen für eine revolutionäre Sicht auf Themen wie „Gerechtigkeit“. Der spanische Richter Baltasar Garzón tut nichts anderes, als sich nach Normen zu richten, die das kapitalistische System festschreibt. Uns interessiert nicht, daß Pinochet von diesem Gericht verurteilt wird.

Wer sollte das Ihrer Meinung nach tun?

Pinochet hatte den Auftrag, sich an die Spitze der Institution des Militärs zu setzen, um rücksichtslos ein konterrevolutionäres Projekt umzusetzen. Wir können uns also nicht mit der Bestrafung einer der sichtbarsten Figuren der Diktatur zufrieden geben, wenn wir wissen, wer hinter diesen Entscheidungen stand und steht. In Chile hat sich eine ganze Klasse schuldig gemacht. Und sie tut es weiterhin. Kein Gericht, das auf der Grundlage der bürgerlichen Institutionen steht, wird diese Gerechtigkeit durch einen symbolischen Prozeß herstellen können. Dies kann nur das Volk selbst.

Ist die Festnahme Pinochets also nichts weiter als eine Show?

Seine Festnahme und eine - allerdings unwahrscheinliche - Auslieferung nach Spanien bedeuten für das chilenische Volk kaum einen bedeutenden Schritt in Sachen Gerechtigkeit. Es handelt sich um einen symbolischen Akt, der für die europäischen Regierungen mehr Bedeutung besitzt als für das chilenische Volk. Pinochet selbst ist zu einem Störfaktor geworden. Das Kapital braucht ihn nicht mehr. Die herrschende Klasse kann ihr Prestige aufpolieren, indem sie den scheinbar alleinigen Schuldigen für alle Welt sichtbar festnehmen läßt. Uns würde es nicht wundern, wenn die CIA, die den Putsch Pinochets tatkräftig unterstützt hatte, heute mit Informationen zu seiner Verurteilung beitragen würde.

Das Interview führte Marek Höhn, Santiago, Quelle: ND, 27.10.98

Bild: Vor dem Krankenhaus, in dem Pinochet behandelt wurde, hielten ChilenInnen eine Mahnwache für „verschwundene“ Angehörige



Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postfach 1205, 55002 Mainz, Fax: (0 61 31) 60 42 32. Erscheint vierwöchentlich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H., Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, V.i.S.d.P.: Christiane Schneider. Redaktionsanschrift u. Bestellungen: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 HH, Tel.: (040) 43 18 88 20, Fax: (040) 43 18 88 21, email: LOKALBERICHTE-HH@CL-HH.de. Einzel-

preis: 3,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 27,00 DM (Förderabonnement 30,00 DM), Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 1,90 DM. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50, Konto-Nr. 1269/122 311. Herstellung und Drucklegung: GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung, Verlagsgesellschaft in Schleswig-Holstein / Hamburg m.b.H. Ei-

gentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme“ ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken. Spendenkonto der Angehörigen: Sonderkonto Kiener, Landesgirokasse Stuttgart, BLZ 600 501 01, Konto-Nr. 54 54 19 4. Redaktionsschluß für Nr. 214: So, 29.11.98